

Machtkampf oder mehr?

Ein Beitrag zu den schwierigen Anfängen der CSU bis zum Jahre 1949

Von Heinrich Küppers

I.

„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ So heißt es im Artikel 21 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. An sich klingt diese Textstelle lapidar. Dennoch markiert sie in der Geschichte Deutschlands eine bis dahin unbekannte Wertschätzung. Und die galt den Parteien des im Jahre 1949 aus den drei Westzonen hervorgegangenen deutschen Teilstaates, für den später der Begriff Bonner Republik geläufig wurde.

Die normative Setzung hatte viel mit Erfahrungen zu tun, vor allem mit Erfahrungen aus den Jahren der Weimarer Republik, als der Parlamentarismus zwangsläufig kraftlos geblieben war, weil die damaligen Parteien nur selten ihre starken weltanschaulichen Bindungen überwinden konnten und von ihrem Selbstverständnis her fast immer nur Klassen- oder Interessenpartei sein wollten oder konnten. Außerdem war die fast schon exorbitante partikuläre Ausrichtung der Parteien für eine permanent kränkelnde Exekutive verantwortlich gewesen. Dabei wäre angesichts eines verloren gegangenen Weltkrieges und den aus dieser Situation resultierenden Nöte und Belastungen eine Regierung notwendig gewesen, die nicht nur stark, sondern auch mutig gewesen wäre. Doch der Parteienstaat von Weimar blieb blutleer und mit ihm auch das Parlament und die Exekutive. Kein Wunder, dass bei solch widrigen Umständen der freiheitliche und demokratische Verfassungsstaat in der Bevölkerung zunehmend in Misskredit geriet. Am Ende stand ein autoritärer Präsidialstaat. Nach dieser Zwischenstation war Deutschland in die Fänge einer totalitären Diktatur geraten, womit es den Tiefpunkt seiner Geschichte erreicht hatte.

Unter dem Eindruck dieser schrecklichen Vergangenheit hat 1949 der Parlamentarische Rat für die zweite deutsche Republik die Parteien und den Parteienstaat anders definiert. Die neuen Willensträger müssen demnach selbst einen demokratischen Charakter haben. In dieser Voraussetzung sah der Parlamentarische Rat eine vorrangige Garantie für einen dauerhaft lebensfähigen demokratischen Staat. Die weiteren Bindungen waren eher inhaltlicher Natur. Das Wichtigste war hierbei das klare Bekenntnis der Parteien zu einer Herrschaft des Rechts, womit zugleich eine klare Alternative zur Entwicklung in Ostdeutschland angesagt war, wo die liberalen Traditionen des Rechtsstaates erneut Opfer einer Diktatur zu werden drohten. Der zweite Eckpfeiler für die

neue und über Parteien und Parlamente repräsentierte Demokratie war eine wirkungsstarke und stabile Exekutive, womit das traditionelle Misstrauen des liberalen Bürgertums gegenüber dem administrativen Staat überwunden schien.

Mit der Entstehung von zwei deutschen Teilstaaten, der Bundesrepublik im Westen und der Deutschen Demokratischen Republik im Osten, war das drohende Schicksal einer Teilung kaum noch zu kaschieren, auch wenn sich die damaligen Politiker immer wieder zur staatlichen Einheit der Nation bekannten und dabei das Ziel der Wiedervereinigung zum Dogma erklärten. Die deutsche Teilung war im Kern eine Teilung Europas. Sie wiederum wurde als eine Krise in den internationalen Beziehungen wahrgenommen, konkret: als eine Frontstellung zwischen einer so genannten freien westlichen Welt unter der Führung der Vereinigten Staaten von Amerika und einer östlichen. Sie stand unter der Vorherrschaft der Sowjetunion und ihrer kommunistischen Staats- und Gesellschaftsdoktrin. Die Entfremdung zwischen West und Ost war eine harte Konfrontation, ein kompromissloser Wettkampf der Systeme, der in zeitgenössischen Begrifflichkeiten wie „Eiserner Vorhang“ und „Kalter Krieg“ metaphorisch durchaus zutreffende Charakterisierungen gefunden hat. Die Bevölkerung in der noch jungen Bundesrepublik hat auf diese Entwicklung sehr besorgt reagiert. Die Welt des Ostens wurde hier zunehmend als Bedrohung der eigenen Existenz und ihrer nunmehr freiheitlichen Basis empfunden, wobei antirussische Ressentiments ebenso eine Rolle spielten wie die fast schon neurotischen Ängste vor dem Kommunismus im Bild einer nicht zu ertragenden Antithese zur eigenen als bürgerlich empfundenen Welt.

Vergangenheit und die im Jahre 1949 herrschende politische Stimmungslage sind hier einleitend deswegen so ausführlich zur Sprache gelangt, um das strukturell wirksame Umfeld zu beschreiben, das für die Anfänge der Parteiengeschichte in der jungen Bundesrepublik maßgeblich war. Für deren Deutung ist zudem eine bemerkenswerte Zäsur zur Kenntnis zu nehmen. Sie ist vor allem auf den Vorsatz einflussreicher Politiker zurückzuführen, einem neuen Typus von Parteien zum Durchbruch zu verhelfen. Gemeint sind damit die Volksparteien. Sie waren in der Weimarer Republik kaum ein Thema gewesen und zeigen darum wohl am markantesten den eigenen Weg an, den die Parteien in der Geschichte der Bundesrepublik einschlugen. Es ist hier nicht der Ort, auf Einzelheiten einzugehen. An dieser Stelle sei nur festgehalten, dass sich im Laufe der Zeit zwei Parteien als Volksparteien verstanden: die Union und die Sozialdemokraten. Allerdings öffneten sich die letzteren erst im Jahre 1959 dieser Linie, als sie auf ihrem in Bad Godesberg abgehaltenen Parteitag in einer programmatischen Grundsatzerklärung dem Klassenkampf, der Planwirtschaft und der Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien abschworen und im Rückgriff auf Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität den Weg zu

einer Politik frei machten, die möglichst unbeeindruckt von Sonderinteressen dem Ganzen verpflichtet sein sollte.

Die Unionsparteien, und damit sind hier die CDU und die in Bayern als alleinige christlich-demokratische Partei auftretende CSU gemeint, hatten den Schritt zur Volkspartei schon in ihrer Gründungsphase vollzogen. Der mutige Schritt sollte sich für sie lohnen. Bis zum Jahre 1969 wird die Union in der Bonner Regierung bleiben und stets den Kanzler stellen. Bei der Bundestagswahl 1957 gelang der Union sogar eine absolute Mehrheit. Diesen Erfolg, der bis zum heutigen Tag einmalig geblieben ist, erreichte die Partei unter ihrem damaligen Vorsitzenden Konrad Adenauer. Ausschlaggebend für den hohen Zuspruch waren dabei nicht nur dessen außerordentlich erfolgreiche Kanzlerschaft seit 1949, sondern auch das Auftreten der Union als interkonfessionell organisierte Volkspartei aus Protestanten und Katholiken und als Sammlungs- partei des nichtsozialistischen Lagers. Die Erfolgsgeschichte der Unionsparteien könnte leicht zu dem Schluss verführen, als sei ihr Weg zur Volkspartei ein Selbstläufer gewesen. Aber das wäre ein Irrtum. Es war, und damit steht das eigentliche Thema dieses Beitrages an, vor allem der Gang zu einer christlich-demokratischen Volkspartei in Bayern außerordentlich schwierig.

II.

Franz Josef Strauß, der wohl bekannteste Politiker aus Bayern und bis zu seinem Tod im Jahre 1988 die überragende Persönlichkeit in den Reihen der CSU, ist in seinen Erinnerungen kurz auf die Anfänge seiner Partei eingegangen. In dieser Zeit war er noch ein Nachwuchstalent im Alter von 30 Jahren und nach Studium, Lehrerexamen und Kriegsdienst von der amerikanischen Militärregierung zum stellvertretenden Landrat von Schongau ernannt worden. Strauß sagt es glasklar, die CSU konnte für ihn von Anfang an nur ein Sammelbecken aller „antisozialistischen Kräfte“ sein. Als weitere Kriterien gemeinsamer Gesinnung nannte er Liberalität und eine Parteixistenz ohne Kleriker. Allerdings bedeute dies nicht, so Strauß, dass die CSU eine kirchenunfreundliche Partei hätte sein sollen. Ganz wichtig war Strauß die „Identifizierung der CSU mit Bayern“, was bei einer selbstbewussten Figur wie ihm nur heißen konnte, dass seine Partei eine Führungsrolle nur dann erreichen und behaupten könne, wenn sie als Anwalt und Bewahrerin bayerischer Lebensgefühle im Land und dann auch im Bund Vertrauen gewinne.

Strauß sagt auch, was er in der Gründungsphase für einen falschen Weg gehalten habe. Das sei für ihn eine CSU im Format der Bayerischen Volkspartei gewesen. Das Übel dieser Partei aus Weimarer Zeiten, so Strauß, sei deren Präferenzen für das Katholische und Kirchliche gewesen. Dadurch habe sie alle Chancen verspielt, einen hohen Wirkungsgrad für Bayern und dessen Rolle im Reich zu erreichen. Im Grunde sei die Bayerische Volkspartei nur

eine Regionalpartei Altbayerns geblieben, die in den fränkischen und hier vor allem in den protestantisch geprägten Landesteilen kaum eine Rolle gespielt habe. Deshalb, jedenfalls lassen sich die Gedanken von Strauß so interpretieren, habe der Konfessionalismus nach 1945 keine Chance mehr erhalten dürfen. Für den jungen Strauß konnte die neu ins Leben gerufene CSU nur dann eine „einmalige Stellung“ in Bayern erreichen, wenn sie sich allen Bürgern öffnet, die sich „zum christlichen Sittengesetz in der weitesten Auslegung dieses Begriffes bekennen“.¹

Was Strauß hier problematisiert und analysiert, lässt sich personifizieren. Für eine CSU als katholische Partei nach dem Vorbild der alten Bayerischen Volkspartei, die mit dem bürgerlichen Protestantismus nur zweckmäßig kooperiert, stehen vor allem Namen wie Fritz Schäffer und Alois Hundhammer, starke politische Figuren aus dem altbayerisch-katholischen Milieu Oberbayerns. Deren großer Widerpart und damit die Hauptfigur der anderen Seite war Josef Müller. Nach dessen Auffassung konnte die CSU nur eine konfessionsübergreifende christliche Partei sein, die zugleich politische Heimat für bäuerliche und bürgerliche Kreise war.

Müller, der in dem großen Richtungsstreit in der jungen CSU gerne mit seinem Spitznamen „Ochsensepp“ kokettierte, war ein gebürtiger Oberfranke und wie Schäffer und Hundhammer Katholik. Im Mai 1946, als er zum ersten Vorsitzenden der CSU gewählt wurde, lebte er in München, wo er als Rechtsanwalt praktizierte. Müller war ein gewiefter Taktiker, aber eine schwierige Persönlichkeit. Wenn er sich herausgefordert fühlte, konnte er äußerst bärbeißig und hartnäckig werden bis zur Sturheit.² Von Natur aus war Müller eher misstrauisch, nur selten gelang es ihm, ein Vertrauensverhältnis zu anderen zu entwickeln. Ausgeprägt war dagegen sein Hang zu Strategien mit gezinkten Karten, ein Charakterzug, der möglicherweise in der Zeit des Dritten Reiches durch seine Tätigkeit als Abwehroffizier noch gesteigert worden war. Allerdings hatte er in dieser Phase seines Lebens reichlich Mut bewiesen. In der Nähe des Admirals Wilhelm Canaris war er nicht nur Sympathisant des nationalkonservativen Widerstands deutscher Militärkreise geblieben, er hatte sogar im Jahre 1939 „unter Vermittlung des Vatikans ... im Auftrag der Militäropposition“ Kontakte zu britischen Regierungsstellen geknüpft, um die

1 Franz Josef STRAUB, *Die Erinnerungen*, Berlin 1989, S. 530. Die anderen Zitate ebenfalls dort. Strauß geht auf die Geschichte der Bayerischen Volkspartei nicht explizit ein, nennt aber als Befürworter einer Koalition der CSU mit der stark katholisch geprägten Bayernpartei die Namen Alois Hundhammer und Fritz Schäffer, die innerhalb der CSU für ihre emotionale Verbundenheit mit der Bayerischen Volkspartei und dem bayerischen Katholizismus bekannt waren.

2 Thomas SCHLEMMER, *Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945–1955*, München 1998, S. 96.

Möglichkeit einer Kriegsvermeidung auszuloten.³ In den Jahren 1943 bis 1945 war Müller dann in die Fänge des nationalsozialistischen Willkürstaates geraten, als er zunächst verdächtigt wurde, illoyal dem Regime gegenüber zu sein, dann angeklagt und überraschenderweise freigesprochen wurde, und dennoch bis zum Kriegsende in Gefängnissen und Konzentrationslagern ausharren musste.

Kein Zweifel, nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur konnte Müller als Jurist und als politischer Verfolgter durchaus als Bürge und Politiker für die Rückkehr des Rechtsstaates auftreten. Ein Nachteil war allerdings seine Unerfahrenheit. Der gläubige Katholik Müller war in der Weimarer Zeit zwar Mitglied der Bayerischen Volkspartei gewesen, aber irgendeine Referenz als Inhaber eines Parteiambtes oder gar eines parlamentarischen Mandats oder als Regierungsmitglied konnte er nicht aufweisen.⁴ Im Grunde war Müller als Politiker noch namenlos, als er im März 1946 zum ersten Vorsitzenden der CSU gewählt wurde. Ganz im Gegensatz zu Fritz Schäffer, seinem Gegenspieler und Mitbewerber um das Führungsamt, der schon in der Weimarer Zeit eine politische Größe gewesen war und es auch in späteren Jahren wieder sein sollte.⁵ Aber er hatte erstaunlicherweise keine Chance gegen Müller. Der Vorgang wirft Fragen auf.

Dass Müller in den Anfängen der CSU einen gestandenen Politiker wie Schäffer ausstechen konnte,⁶ hat zunächst damit zu tun, dass er kompromisslos den Weg zu einer christlich-demokratische Partei gesucht hat, die im klaren Gegensatz zur einstigen Bayerischen Volkspartei eine politische Heimat für Protestanten und Katholiken sein sollte.⁷ Müller steht im Kern für das, was Franz Josef Strauß in seinen Erinnerungen über das geistige Profil und den Sinn „seiner“ CSU gesagt hat. Die CSU ist auch für ihn die bayerische Varian-

3 EBD. S. 95.

4 EBD. S. 96.

5 Die Schäffer-Forschung hat in den 1990er Jahren eine solide Fundierung durch zwei Teilbiographien erfahren. Die erste stammt aus der Feder von Otto ALTENDORFER, eine Dissertation, die an der Universität Passau entstanden ist. Seine zweibändige Monographie ist dem Lebensbild Schäffers in der Zeit von 1888–1945 gewidmet: *Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei 1888–1945*, 2 Teilbde., München 1993. Der Autor der zweiten ist Christoph HENZLER. Auch er fertigte eine Dissertation, die allerdings in München ihre Heimat hat. Sie umfasst die Jahre von 1945 bis 1967: *Fritz Schäffer 1945–1967. Eine biographische Studie zum ersten bayerischen Nachkriegs-Ministerpräsidenten und ersten Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland*, München 1994.

6 Ausführlich dazu Barbara FAIT, *Einleitung* in: Barbara FAIT/Alf MINTZEL (Hg.), *Die CSU 1945–1948. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union*, Bd. 1: *Protokolle 1945–1946*, Bd. 2: *Protokolle 1947–1948*, Bd. 3: *Materialien, Biographien, Register*, München 1993, S. XV–XLIV.

7 SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 54 im Rückgriff auf Notizen Anton Pfeiffers, einem Vertrauten Schäffers, der später noch eine bedeutende Rolle auf dem Verfassungskonvent in Herrenchiemsee und im Parlamentarischen Rat spielen sollte.

te des Christlich-Demokratischen, sie ist liberal und dennoch sozial, sie ist kirchenfreundlich, aber gleichwohl antiklerikal, und sie ist patriotisch-bayerisch, indem sie die tradierten konfessionellen Gegensätze zwischen den mehrheitlich protestantischen Franken und den mehrheitlich katholischen Altbayern und Schwaben im Interesse der staatlichen Einheit und Stärke Bayerns überwindet und unwirksam macht.⁸ Ebenso wie Strauß, der übrigens im Jahre 1946 ein begeisterter Anhänger des „Ochsensepp“ war, urteilte auch Müller äußerst kritisch über die Bayerische Volkspartei. Die Liste seiner Vorwürfe war lang und wog schwer. Angekreidet hat er ihr vor allem eine überzogene Idealisierung des Ländlichen und Bäuerlichen und das Wesen einer altmodischen Honoratioren- und Weltanschauungspartei. Dieses sei zu Lasten Bayerns als Ganzem gegangen, weil sie die Interessen der Franken ignoriert und Altbayern und Schwaben ungebührlich bevorzugt habe. Von diesem gedanklichen Ansatz her hat Müller dann auch die Rolle der CSU als Volkspartei zu definieren gesucht. Wesentlich waren ihm dabei nicht nur der damals äußerst populäre Sammlungsgedanke von Katholiken und Protestanten und eine möglichst breite soziale Basis, für Müller zählte auch und besonders der bayerische Einheitsgedanke und im weiteren Sinne die dadurch gewonnene Stärke Bayerns zum Vorteil seines Stellenwerts im Gefüge der deutschen Nation.⁹

Müllers Vorstellungen von einer deutschtreuen und staatstragenden bayerischen Volkspartei entsprachen ganz dem Zug der Zeit. Er konnte darum eigentlich nur einen starken Zuspruch erwarten, nicht nur in Bayern, sondern auch in Deutschland insgesamt.¹⁰ Angesichts dieser günstigen Ausgangslage ist es erstaunlich, dass er bis zu seinem Sturz im Mai 1949 ein höchst umstrittener Mann geblieben ist. Für den Unmut, den Müller auslöste, sind sicherlich auch zeitlich und strukturell bedingte Umstände ursächlich gewesen, doch im Kern ist er aus persönlichen Schwächen zu erklären. Selbst Thomas Schlem-

-
- 8 Siehe oben S. 116, Anm. 1. Thomas Schlemmer bezeichnet Müller in seiner Einleitung zu einer Quellenedition zur Frühgeschichte der CSU als „wohl wichtigsten Initiator der Unionsgründung in Bayern ... (S. 4). Jaromír BALCAR/Thomas SCHLEMMER (Hg.), *An der Spitze der CSU. Die Führungsgremien der Christlich-Sozialen Union 1946 bis 1955*, München 2007. Im Spiegel der Forschung kommt Müller jedoch nicht als Vorreiter einer CSU-Programmatik in Betracht. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang vor allem auf den Bd. 3 der von Barbara FAIT und Alf MINTZEL besorgten Dokumentation über die *Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union* (wie Anm. 6). Angemerkt sei hier auch Thomas SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 53f. Schlemmer stellt vor allem den damaligen Münchener Oberbürgermeister Karl Scharnagl als Urheber programmatischer Vorstellungen heraus.
- 9 Berührt wäre damit ein Thema, dass vor allem von Alf Mintzel unter dem Stichwort „die bayerische Frage“ aufgegriffen worden ist. Dabei ging es ihm vor allem um eine Antwort auf den Streit nach der Stellung Bayerns in einem künftigen deutschen Staat.
- 10 Ausführlich dazu Winfried BECKER, *CDU und CSU 1945–1950*, Mainz 1987, S. 11–43 und S. 77–88 (Bayern).

mer, der bei Müller „auch Vorzüge“ zu entdecken glaubt, charakterisiert ihn als einen Mann, der „bald in dem Ruf“ gestanden hätte, „ein Meister der Regie und der Intrige (zu sein), wenn nicht sogar gänzlich prinzipienlos ...“.¹¹ Zudem war Müller eine umtriebige Natur mit vielen Kontakten. Die pflegte er intensiv auch zur amerikanischen Militärregierung und zur Sowjetischen Militäradministration in Karlshorst. Außerdem zeigte Müller keinerlei Berührungängste gegenüber kommunistischen Kreisen in Deutschland, ein Verhalten, das nicht nur bei seinen Widersachern auf Argwohn stieß, sondern auch, insbesondere vor dem Hintergrund des heraufziehenden Kalten Krieges, in den Reihen seiner eigenen Anhängerschaft.¹²

Bis zum Jahre 1949, dem Sturz Josef Müllers als Vorsitzender der CSU, ist die Partei fortwährend von heftigen Flügelkämpfen heimgesucht worden. Sie haben in der Literatur längst eine breite und zugleich auch fundierte Darstellung gefunden.¹³ Und da es in diesem Beitrag ohnehin nicht um Einzelheiten der Auseinandersetzungen geht, sondern vor allem um die Frage nach den eigentlichen Gründen für den kompromisslos und vor allem leidenschaftlich ausgetragenen Streit, empfiehlt es sich, die Beweisführung beispielhaft anzugehen. Ausgewählt seien zunächst zwei Vorgänge, in denen die Frontstellung zwischen den Lagern besonders hart gewesen ist: das war einmal der Streit um den Delegiertenschlüssel und zum anderen die Fehde zwischen dem Vorsitzenden Josef Müller und seinem zunächst schärfsten Rivalen Fritz Schäffer.

Der Ärger um den Delegiertenschlüssel setzte schon in der Phase des organisatorischen Aufbaus ein, vor der Bildung des ersten Führungsorgans der Partei, des „Vorläufigen Landesausschusses“. Müller, seit dem 17. Dezember 1945 Vorsitzender dieses Gremiums und vom 31. März 1946 an offiziell auch erster Landesvorsitzender der CSU, wollte die höchste Parteiebene, die zunächst „Erweiterter vorläufiger Landesausschuss“ hieß und danach nur noch „Landesausschuss“, so strukturieren, dass sich dort alle Landesteile in etwa gleichgewichtig repräsentiert fühlten. Das war durchaus sinnvoll gedacht, wenn man – wie er – gedanklich auf eine Partei festgelegt war, die interkonfessionell, sozialliberal, föderalistisch und doch national und eine bayerische Volkspartei sein sollte. Um seinen Vorstellungen ein Fundament zu geben, drängten Müller und seine Anhängerschaft auf eine in der Satzung fest verankerte Grundregel. Der zufolge sollte für das höchste Parteigremium nur ein

11 SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 96.

12 Weitere Einzelheiten zum Charakterbild von Müller EBD, S. 96f.

13 An erster Stelle zu erwähnen ist hier die Pionierarbeit des Politikwissenschaftlers Alf MINTZEL, *Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972*, wobei mit Blick auf die Auseinandersetzungen vor allem auf die S. 194–245 und S. 251–272 hinzuweisen ist. Ausführlich auch Barbara FAIT, *Einleitung/Protokolle*, Bd. 1 (wie Anm. 6), S. XX–LXXXIV und der tiefgründige SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), fast durchgehend von S. 9–330.

Delegiertenschlüssel zugelassen sein, der jede Dominanz eines Bezirksverbandes ausschloss. Das hier angesteuerte egalitäre Prinzip sollte gewährleistet sein durch die Zahl von fünf Delegierten, die jedem der sieben Bezirksverbände zugestanden war. Die Fünf galt auch für die autonomen Stadtverbände München und Nürnberg-Fürth. Schließlich wurden dem Stadtverband Augsburg noch drei Mandate zuerkannt, so dass das Spitzenorgan der CSU 48 Mitglieder hatte.¹⁴ Keine Frage, der Verlierer einer solchen Regelung war das altbayerisch-katholische Lager, genauer: vor allem der Bezirksverband Oberbayern. Hier gaben andere Figuren den Ton an, an der Spitze vor allem Alois Hundhammer, „ein typischer Vertreter des konservativen Katholizismus“, wie sein Biograph Oliver Braun meint¹⁵, und Fritz Schäffer, der schon in den Jahren von 1929 bis 1933 als Vorsitzender der Bayerischen Volkspartei ein herausragender Vertreter des bayerischen Katholizismus gewesen war.¹⁶ Obwohl der schließlich von Müller durchgesetzte Delegiertenschlüssel klar als Machtschwächung Oberbayerns zu erkennen war,¹⁷ haben Hundhammer und Schäffer gegen die „Formel Fünf“ zunächst nur schwach opponiert.¹⁸ Das deutet darauf hin, dass auch hier die Zeichen der Zeit erkannt worden waren und eine Offenheit für eine christliche Volkspartei durchaus gegeben war.

Erst als Müller dazu überging, dem bayerischen Katholizismus und mit ihm auch der Bayerischen Volkspartei eine Mitschuld an dem Scheitern der ersten deutschen Republik anzulasten, gingen die bis dahin durchaus vorhandenen Chancen auf Kompromisse verloren. Ein Beispiel für die scharfen Attacken, die Müller damals geritten hat, findet sich in dem Protokoll über die Tagung des „Erweiterten vorläufigen Landesausschusses“ in Bamberg. Sie hat am 30. und 31. März 1946 stattgefunden und ist von Barbara Fait treffend als „Entscheidungsschlacht“ titulierte worden.¹⁹ Den ersten Stich gegen die Bayerische Volkspartei setzte Müller hier bereits in seiner Begrüßungsansprache, als er nicht ohne Häme darauf verwies, dass bei der Wahl zum Reichspräsidenten im Jahre 1925 hier im Fränkischen der Kandidat des Volksblocks (SPD, Zentrum und DDP) Wilhelm Marx (Deutsche Zentrumspartei) Favorit gewesen sei und nicht jener „Heros, der vor 1933 dem deutschen Volke vorstand (und) einen

14 Eingehend dazu MINTZEL, *CSU* (wie Anm. 13), S. 99–101.

15 Oliver BRAUN, *Konservative Existenz in der Moderne. Das politische Weltbild Alois Hundhammers 1900–1974*, München 2006, S. 383.

16 ALTENDORFER, *Schäffer*, Teilbd. 2 (wie Anm. 5), S. 413–450.

17 Oberbayern zählte zum Stichtag 1.5.1950 (frühere Statistiken sind nicht zuverlässig) 13.500 Mitglieder und erhielt dennoch nur fünf Delegiertensitze wie der Bezirksverband Mittelfranken, der zum gleichen Zeitpunkt nur 2.600 Mitglieder zählte. In diesem Sinne auch der Befund bei SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 120.

18 MINTZEL, *CSU* (wie Anm. 13), S. 101.

19 FAIT, *Einleitung/Protokolle*, Bd. 1 (wie Anm. 6), S. XXXV. Druck des hier erwähnten Protokolls EBD. S. 47–184 (Dok. 12).

Heiligenschein trug, der nicht ganz berechtigt war.“²⁰ Auf die Anklagebank gerückt war damit indirekt die Bayerische Volkspartei, die damals überraschend zur Wahl Hindenburgs aufgerufen hatte, weil sie sich davon ein besseres Klima für eine Revision der Weimarer Verfassung in Richtung Dezentralisierung erhofft hatte. Nachdem sich Schäffer wenig später bitter über eine Hetzkampagne des Müller-Flügels über die vermeintlichen „Sünden der alten Bayerischen Volkspartei“ beklagt und tief verletzt den Vorwurf zurückgewiesen hatte, er hätte die Hitler-Regierung im Jahre 1933 „warm begrüßt“,²¹ eskalierte die Situation völlig. In einer scharf formulierten Antwort bekräftigte Müller nicht nur seine Äußerungen über den „Fehler“ von 1925,²² sondern legte nun umgehend Wert auf seine Rolle als Beteiligter des militärischen Widerstandes. Dabei erinnerte er vor allem an die „Untergrundbewegung in Holland“,²³ zu der er im Krieg „Führung gehabt“ habe.²⁴ Dieser „Weltanschauungswiderstandskampf“ [sic!], den er dort beobachtet und erlebt habe, sei für ihn Leitlinie gewesen, um mit bekennnistreuen evangelischen Freunden und „einigen katholischen Freunden“ eine Unionspartei in Bayern zu gründen. Er aber müsse sich heute aus dem Umfeld des Herrn Schäffer anhören, dass er für England spioniert habe. „Zu deutsch, man versucht ähnlich wie damals jetzt wieder die Erzbergerei [sic!] herauszunehmen und Vergleiche zu ziehen. Da muss ich sagen, es war schon damals ein scheußliches Spiel, das gegen Erzberger gespielt wurde“.²⁵ Müller bezog sich damit vor allem auf die Pässe, die die Mörder Erzbergers²⁶ unter Mithilfe von Mitgliedern der Bayerischen Volks-

20 FAIT/MINTZEL, *Die CSU 1945–1948* (wie Anm. 6), Bd. 1, *Protokolle und 1945–1946*, S. 49 (Dok. 12).

21 EBD. S. 119.

22 EBD. S. 126.

23 EBD. S. 128.

24 EBD. S. 128.

25 Matthias Erzberger (1875–1921), war ein namhafter Zentrumsolitiker, der im Ersten Weltkrieg zunächst als Expansionist aufgetreten war, von 1917 an aber Anhänger eines Verständigungsfriedens war. Auf Drängen der Obersten Heeresleitung und im Auftrag des „Rates der Volksbeauftragten“ hat er am 11.11.1918 in Compiègne für das Deutsche Reich den Waffenstillstand unterzeichnet. Die nationale Rechte aber leugnete später diese Umstände und stellte Erzberger wegen seiner Unterschrift immer wieder an den Pranger. So auch in Bayern. Die Bayerische Volkspartei war an diesen Angriffen jedoch kaum beteiligt. Für sie war eher der Verfassungs- und Finanzpolitiker Erzberger ein Ärgernis. In München galt er als Republikaner mit zentralistischer und antibayerischer Gesinnung. Siehe auch Rudolf MORSEY, *Matthias Erzberger (1875–1921)*, in: Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 1, Mainz 1973, S. 103–112.

26 Matthias Erzberger wurde am 26.8.1921 von zwei Mitgliedern einer nationalistischen Organisation erschossen. Vgl. Rudolf MORSEY, *Matthias Erzberger*, in: Winfried BECKER u. a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002, S. 233–235, hier S. 235.

partei erhalten hatten, um nach Ungarn zu flüchten.²⁷ Wenig später folgte dann die eigentliche Kriegserklärung Müllers an Schäffer. „Weil die Union“ so der Vorsitzende wörtlich, „eine neue Gruppierung von Menschen ist, kann sie auch nicht an die alte Zeit anknüpfen, und der frühere Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei kann nicht Vorsitzender der Union sein, ...“.²⁸

Die Wirkungen der Worte Müllers waren verheerend. Zunächst, weil er grob und polemisch moralisiert hatte. Dann aber auch, weil er sich dazu hatte hinreißen lassen, das einstige Führungspersonal der Bayerischen Volkspartei und insbesondere deren letzten Vorsitzenden als lästigen Ballast der CSU zu diffamieren. Statt Brücken zu bauen, hatte Müller Brände gelegt. Wenn Schäffer auf dem Höhepunkt der so genannten Oberbayerischen Revolte, also im Zeitraum Dezember 1947/Januar 1948, für den Verdruss in der CSU und für den starken Aufwind der Bayernpartei allein die deutlich spürbaren Aversionen der aktuellen Parteiführung gegen Oberbayern als einer der historischen Kernlandschaften des bayerischen Katholizismus und den hier gehuldigten Grundwerten von Heimat, Glaube und Sitte verantwortlich machte,²⁹ dann traf er damit genau den Punkt, der seit der Bamberger Tagung durch Müller und seinen Anhang wund geworden war: Die ideologisch motivierte Einteilung der CSU in einen fortschrittlichen Überbau, repräsentiert durch einen im Dritten Reich geläuterten Personenkreis, der aufgrund seiner Erfahrungen und Reife in der Lage sei, die CSU als eine fortschrittliche Partei in ein neues Zeitalter zu führen, und einer Altlast aus den Beständen der untergegangenen Bayerischen Volkspartei, die unter Kontrolle zu halten sei, damit sie keinen Schaden anrichte. Ein trefflicher Beleg für diese Sinnesweise verbindet sich mit dem Namen Georg Pix, einem Journalisten, der für kurze Zeit sogar Generalsekretär der CSU gewesen war und bis zur Bamberger Tagung auch ein Anhänger Müllers. In seinen Auseinandersetzungen mit Schäffer, die er im Februar 1946 brieflich führte, erklärte er klipp und klar, dass sich die Union nicht mit den „früheren Sünden der BVP“ beschmutzen dürfe und auch nicht mit Schäffer, weil er „belastet“ sei. Die neue Partei müsse vielmehr darauf achten, nichts mit dem „früheren Parteigestrüpp“ zu tun haben, sie müsse sich freihalten von dem „früheren Parteigezänk und all den parlamentarischen Kniffen“. Sie müsse Politik für das Volk und mit dem Volk machen.³⁰

Schon an dieser Stelle zeichnen sich erste Antworten auf die im Titel gestellte Kernfrage dieses Beitrages ab. Dazu gehört vor allem der hier festzuhaltende Befund, dass die heftigen Flügelkämpfe in der jungen CSU in erster Li-

27 FAIT/MINTZEL, *Die CSU 1945–1948* (wie Anm. 6), S. 128 (Dok. 12).

28 EBD, S. 131.

29 Eingehend dazu mit zahlreichen Belegen MINTZEL, *Die CSU* (wie Anm. 13), S. 225–229.

30 Georg Pix an Fritz Schäffer vom 11.2.1946, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München (IfZ), Bestand: Fh 56. Zitiert nach Thomas SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 102f.

nie ideologischer Natur waren, oder anders ausgedrückt, die wirklichen Ursachen wurzelten in einem Geflecht von stark gegensätzlichen Weltbildern und Gesinnungen. Damit sollen bisherige Deutungen nicht ausgeblendet werden. Alf Mintzel hat die fast schon an Selbstzerfleischung grenzenden Streitereien aus der Sicht der tradierten Gegensätze alt- und neubayerischer Regionen zu erklären versucht, hat seinen Blick sogar bis in die Zeit von Reformation und Konfessionskriegen geöffnet und ist schließlich nach den Regeln der Politikwissenschaft beeindruckend auf eine Entdeckungsreise nach den Spannungslinien gegangen, die aktuell in der Nachkriegszeit zwischen den Kernregionen Bayerns immer noch wirksam waren. Das er dabei „vieles richtig“ gesehen hat und dennoch aufgrund seiner Suche nach kausalen Zusammenhängen fortwährend in Gefahr stand, überzogen und schematisch zu interpretieren, das hat bereits Thomas Schlemmer moniert.³¹ Dieser sieht den Hauptgrund für den „Rosenkrieg“ in unüberbrückbaren Abneigungen persönlicher Natur.³² Auch Barbara Fait sieht den Ursachenkern ebenfalls auf der Ebene von Kaba-len, verbissenen Rivalitäten, Misstrauen und Boshaftheiten.³³

Beispielhaft für ihre Deutung einer erbitterten Gegnerschaft aus persönlichen Gründen sind beiden die „Fälle“ Fritz Schäffer. Damit meinen sie die Entlassung Schäffers als bayerischer Ministerpräsident durch die amerikanische Militärregierung am 28. September 1945 und das Betätigungsverbot für ihn als Politiker, das am 24. April 1946 verhängt und bis zum 18. November 1947 wirksam bleiben sollte. Schäffer blieb zeit seines Lebens davon überzeugt, dass Müller ihn bei der Besatzungsmacht gezielt verleumdet hat und mitverantwortlich war für die ihm widerfahrene Kaltstellung. Die Forschung hat längst zu Tage gefördert, dass Schäffer seinen Rivalen zu Unrecht einer Denunziation bezichtigt hat.³⁴ Aber in den ersten Existenzjahren der CSU war es nun einmal so, dass Schäffer von seiner „Gewißheit“ nicht abzubringen war, dass Müller ihm Böses gewollt habe. Der aber dachte verständlicherweise nicht daran, sich Dinge anlasten zu lassen, die er nicht zu vertreten hatte. Und da beide ein hitziges Temperament hatten, sollte es bei dieser Ausgangslage nicht wundern, dass in der Folge ein mitleidloses Hauen und Stechen einsetzte. Fait, Schlemmer und auch Henzler haben diese „Feldschlachten“ eingehend beschrieben und aus ihnen mehr oder weniger den Schluss gezogen, die Füh-

31 EBD. S. 94.

32 Seine Kernthese sucht er insbesondere in den personenbezogenen Studien seiner Dissertation zu bestätigen, zum Beispiel bei der Vorstellung der Protagonisten: Josef Müller, Fritz Schäffer, Alois Hundhammer und Michael Horlacher. EBD. S. 95.

33 FAIT, *Einleitung/Protokolle*, Bd. 1 (wie Anm. 6), vor allem von S. XXIII an.

34 Siehe hierzu vor allem Fait, die überzeugend nachgewiesen hat, dass die Entlassung Schäffers als Ministerpräsident eine souveräne Entscheidung amerikanischer Stellen war. Und das politische Betätigungsverbot für Schäffer wurde, so Fait, eigenmächtig von einer „Gruppe von ‚linken‘ Offizieren“ im Office of Military Government for Bavaria betrieben. EBD. S. XXV–XXVII und S. XLVII–XLVIII.

rungs- und Flügelkämpfe in der frühen CSU hätten vor allem einen persönlichen Kern gehabt.³⁵

Aber war das wirklich so? Gewiss, der Streit zwischen Müller und Schäffer war heftig und emotional, so dass die Ebenen des Persönlichen fortwährend stark tangiert waren. Doch bei näherem Hinschauen zeigt sich, dass es letztlich doch wohl eher Sinnfragen waren, die hier zu einem unüberbrückbaren Gegensatz geführt haben. Im Grunde lässt sich aus dem wiederholten Schlagabtausch zwischen Schäffer und Müller doch nur ableiten, dass Schäffer übereifrig war und dass er Müller ungerechtfertigt beschuldigt hat, ihn bei der Militärregierung denunziert und dadurch politisch ausgeschaltet zu haben. Mehr nicht!

Greifbarer und verständlicher wird der Hitzkopf Schäffer erst, wenn die amerikanische Seite ausgeblendet bleibt und der Fokus auf Müller und dessen Verhalten in dieser Affäre gerichtet wird. Dann allerdings fällt auf, dass Müller weder beim Sturz Schäffers als Ministerpräsident noch bei seiner Kaltstellung als Politiker irgendwann und irgendwie Solidarität mit dem leidgeprüften Parteifreund gezeigt hat. Im Gegenteil, Müller hat sofort und mit Eifer versucht, Kapital aus dem Unglück Schäffers zu schlagen. Dabei wird in jeder Situation auch seine Zielsetzung greifbar, Schäffer und Hundhammer als Leitfiguren des altbayerisch-katholischen Flügels der CSU zu entmachten. Gestört hat Müller weniger die konservative Gesinnung dieser beiden Politiker, sondern eher, wie er meinte, deren unheilvoller Hang zum Konfessionalismus. Der habe, so die zentrale gedankliche Steuerung bei Müller schon vor den Auseinandersetzungen in Bamberg Ende März 1946, seine verhängnisvolle Wirkung vor allem in den Tagen von Weimar offenbart, als der Katholizismus über die Bayerische Volkspartei zwar eine führende Stellung in Bayern erobern konnte, aber dennoch versagte, weil sie sich weigerte, für die Republik einzustehen und damit mitschuldig wurde am Aufstieg Hitlers. Wegen dieser vermeintlichen Rolle als Steigbügelhalter wollte Müller für den Neuanfang mehr als nur eine interkonfessionell strukturierte Partei. Ihm schwebte eine Art Metamorphose für die CSU vor, konkret: eine sittliche Erneuerung des christlichen Lagers nach den dunklen Jahren der Hitlerdiktatur. Die Häutung der CSU zu einer neuen Partei hatte für Müller fleckenfrei zu erfolgen. Darum hielt er es für zwingend, alle ehemaligen Protagonisten der Bayerischen Volkspartei, wie etwa Schäffer und Hundhammer fernzuhalten, wenn der Aufbruch in eine neue und bessere Zeit gelingen sollte.

Für Müllers Strategie lassen sich viele Beispiele vortragen, etwa der von ihm gedeckte Pressefeldzug gegen Schäffer im Vorfeld der Bamberger Tagung des „Erweiterten vorläufigen Landesauschusses“ Ende März 1946, der, und das wussten alle Beteiligten, eine weitreichende Bedeutung für die Partei in

35 EBD. S. XXIII–XXXVII und S. XLIV–XLVII; SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 102–105; HENZLER, *Schäffer* (wie Anm. 5), S. 151–158 und S. 190–235.

Struktur- und Führungsfragen haben würde.³⁶ Müller blieb stumm, als die Militärregierung einen Monat später jedes politische Mandat für Schäffer stornierte und das Verbot damit begründete, Schäffer sei ein Sympathisant des Nationalsozialismus und ein Anhänger „ultra-nationalistischer und militaristischer“ Ideologien.³⁷ Zudem hat Müller in Schäffer nie mehr als einen Ministerpräsidenten auf Abruf gesehen, noch stärker: einen für eine kurze Übergangszeit geduldeten Regierungschef. Als im Sommer 1945 Gerüchte in Umlauf kamen, Schäffers Ende sei nur noch eine Frage der Zeit, brachte sich Müller für die Nachfolge ungeniert selbst ins Spiel. Gleichzeitig suchte er nicht nur den Schulterchluss mit Adam Stegerwald³⁸, er kontaktierte in dieser Phase auch Sozialdemokraten und Kommunisten. Im Auge hatte er dabei offenbar eine Regierungsbildung „der neuen Linie“.³⁹ Damit kann Müller eigentlich nur ein „antifaschistisches“ Kabinett gemeint haben, dass den angeblich in der Entnazifizierungsfrage so unglücklich operierenden und wegen seiner eigenen Belastungen auch untauglichen Ministerpräsidenten Schäffer ablösen sollte.⁴⁰

Gedankenspiele zu einer Allparteienregierung waren bis zum Jahre 1946 wegen der damals herrschenden Nöte nicht ungewöhnlich. Doch bei Müller waren damals auch noch andere Motive von Bedeutung. Seine Bereitschaft zu einem Regierungsbündnis mit den Kommunisten hatte auch mit seiner nicht unberechtigten Unruhe über die nationalstaatliche Einheit Deutschlands zu tun, die zu diesem Zeitpunkt bereits in Frage stand. Offenbar hegte er die Vorstellung, in München mit einer möglichst breit verankerten Exekutive dem Reichsgedanken ein Fundament zu sichern. Schon in der ängstlichen Besorgnis Müllers um das Gesamtdeutsche zeigt sich eine kaum zu überbrückende Gesinnungsdistanz zu Schäffer. Die andere Trennlinie verbirgt sich hinter dem Namen Adam Stegerwald. Ähnlich wie Müller setzte auch Stegerwald auf einen konsequenten Neuanfang christlicher Politik in Bayern. In Zukunft sollte es nur noch eine große Volkspartei geben, die sich geistig und personell absolut fern hielt von den Traditionen der Bayerischen Volkspartei. So ignorierte Stegerwald in seiner Eigenschaft als Regierungspräsident nicht nur jede Anwei-

36 FAIT, *Einleitung/Protokolle* (wie Anm. 6), S. XLVI.

37 EBD. S. XLIV. Vorwürfe dieser Art haben Schäffer im Übrigen immer schmerzlich berührt, weil er im Jahre 1933 zeitweilig das KZ Dachau auszuhalten und sich trotz Inhaftierung geweigert hatte, „seine“ Bayerische Volkspartei aufzulösen. Und in den Jahren der Diktatur selbst war Schäffer politisch kaltgestellt und beruflich in der Hauptsache nur als Anwalt kirchlicher Organisationen geduldet.

38 Der im Jahre 1874 in der Nähe von Würzburg geborene Stegerwald war bis zu seinem Tod am 3. Dezember 1945 kurzfristig Regierungspräsident von Mainfranken. Vgl. Bernhard FORSTER, *Adam Stegerwald*, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland* (wie Anm. 26), S. 372–373.

39 FAIT, *Einleitung/Protokolle* (wie Anm. 6), S. XXVII.

40 EBD.

sung, die ihn aus München erreichte, er glänzte vorsätzlich auch durch Abwesenheit, als Schäffer in Würzburg einen Besuch machte.⁴¹

Die Kreuzzuglinie Müllers gegen Schäffer und für das Nationale lässt sich über andere Namen weiter verfolgen. Genannt sei an erster Stelle Jakob Kaiser, mit dem er sich ähnlich stark verbunden fühlte wie mit Adam Stegerwald.⁴² Dieser Befund gilt logischerweise auch für die Ideen Kaisers, vor allem für dessen Vorstellungen von einem christlichen Sozialismus und einer CDU, die im Sinne einer „linken“ Volkspartei eine Antithese zur marxistisch-leninistischen KPD sein sollte. Außerdem hegte Müller aufgrund seiner gesamtdeutschen Einstellungen große Sympathien für das so genannte Brückenkonzept Kaisers, womit dieser, um die nationale Einheit zu wahren, eine Vermittlerrolle Deutschlands zwischen Ost und West im Sinn hatte. Kaiser ist mit seiner Linie gescheitert. Als der Kalte Krieg die Politik zunehmend überschattete, gerieten seine Gedanken bald ins Abseits.

Wichtig sind hier die Weimarer Biographien von Adam Stegerwald und Jakob Kaiser, die übrigens beide aus dem fränkischen Teil Bayerns stammen.⁴³ Stegerwald war in der Zwischenkriegszeit der Bedeutendere von beiden, er war nicht nur ein einflussreicher Parlamentarier gewesen, sondern auch kurzzeitig (1921) preußischer Ministerpräsident und später Reichsminister⁴⁴. Doch in den Christlichen Gewerkschaften, wo sie eng miteinander kooperierten, war der Abstand nicht mehr so groß, weil Kaiser hier seit 1919 im Vorstand mitarbeitete und seit 1924 Landesgeschäftsführer seiner Organisation im Rheinland und Westfalen war. Weitere Einzelheiten würden hier zu weit führen. Hier sei nur das für unser Thema eigentlich Wesentliche von Stegerwald und Kaiser aus Weimarer Tagen mitgeteilt, nämlich ihr vergebliches, aber entschiedenes Auftreten für eine interkonfessionelle Volkspartei⁴⁵ nach dem Vorbild der bereits in der Kaiserzeit geglückten Organisation einer Gewerkschaft, die sich als christlich verstand, aber den konfessionellen Gedanken kategorisch ablehnte.

41 HENZLER, *Schäffer* (wie Anm. 5), S. 153.

42 SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 97. Siehe auch das Protokoll der Tagung des „Erweiterten vorläufigen Landesausschusses“ am 30. und 31.3.1946 in Bamberg. Dort berichtet Müller von einem Besuch in Berlin und seiner gemeinsamen Auffassung mit Kaiser, „wenn wir nicht auseinanderfallen, sind wir auf dem besten Wege, die stärkste Partei, nicht nur hier, sondern auch im Reich zu werden.“ FAIT/MINTZEL, *Die CSU 1945–1948* (wie Anm. 6), S. 137 (Dok. 12).

43 Stegerwald wurde 1874 in Greußenheim bei Würzburg geboren und Kaiser 1888 in Hamelburg an der Fränkischen Saale (Landkreis Bad Kissingen).

44 1929/1930 Verkehrsminister und 1930/1932 Arbeitsminister.

45 Zu erinnern ist hier an den Aufruf zur Gründung einer interkonfessionellen Volkspartei, der auf Betreiben von Stegerwald zustande kam und als so genanntes Essener Programm in die Geschichte eingegangen ist, ohne allerdings eine Wirkung erreicht zu haben. Siehe dazu Bernhard FORSTER, *Adam Stegerwald (1874–1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien*, Düsseldorf 2003, S. 274–277.

Die Namen Stegerwald und Kaiser stehen für eine Gewerkschaft, die unter ihrer Führung auf den Weimarer Verfassungsstaat festgelegt war. Zu den Anhängern der Republik dürfen aber auch Wilhelm Marx und Matthias Erzberger gezählt werden, zwei profilierte Zentrums Politiker, die hier nur namentlich erwähnt werden, weil sie nach 1945 bei Josef Müller stets hoch in Kurs standen, wenn er über die einstige Bayerische Volkspartei und ihre „Sündenfälle“ herzog.⁴⁶

Über die Namenskette von Stegerwald bis Erzberger lässt sich das Dilemma verfolgen, in dem der politische Katholizismus in der Zeit von Weimar steckte. Gemeint sind hier weniger die Spannungen auf der Wirtschafts- und Sozialebene, die das Zentrum und die Bayerische Volkspartei wegen ihrer höchst heterogenen Mitgliederstruktur auszuhalten hatten, sondern letzte Sinnfragen, die nicht den christlichen Glauben an sich in Frage stellten, wohl aber die Einstellungen gegenüber dem Zeitgeist. In keiner Partei von Weimar standen sich Tradition und Moderne, Land und Stadt, Bauernhof und Fabrik, metaphysische und weltliche Staatsphilosophien so unversöhnlich gegenüber wie in der Deutschen Zentrumspartei und Bayerischen Volkspartei. Ein Musterbeispiel dafür ist der katholische Kirchentag von München im Jahre 1922. Als wortgewaltiger Fürsprecher der Tradition trat hier der Münchener Kardinal Michael von Faulhaber auf. Als Anwalt einer vorsichtigen Öffnung zur Moderne und als Verteidiger des Weimarer Verfassungsstaates agierte der Präsident des Kirchentages, und das war damals kein anderer als der amtierende Oberbürgermeister von Köln, Konrad Adenauer. Die Kontroverse endete mit „roten Köpfen“,⁴⁷ ein bildliches Zeugnis dafür, dass beide den Streit sehr emotional erlebt haben müssen. Die hohe Erregung wiederum zeigt an, dass bei dem Zusammenstoß Grundsätzliches auf dem Spiel gestanden haben muss. In der Tat, hinter dem Streit zwischen Faulhaber und Adenauer verbarg sich eine weltanschauliche Frage von prinzipieller Bedeutung. Der Kardinal verurteilte Weimar, weil er einen weltlichen Staat witterte, einen Staat also, in dem eine Gott gegenüber anmaßende Volkssouveränität gelten und Kirche und Religion keine öffentliche, sondern nur noch eine private Angelegenheit sein sollten. Der Oberbürgermeister bedauerte zwar auch die Säkularisierung der deutschen Gesellschaft, ließ aber keinen Zweifel darüber aufkommen, dass auch die deutschen Katholiken gut daran täten, sich auf den Boden der Republik zu stellen.⁴⁸

46 Siehe oben S. 120–122.

47 Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952*, Stuttgart 1986, S. 247.

48 EBD. S. 247f. Siehe auch Ludwig VOLK, *Michael Kardinal von Faulhaber (1869–1952)*, in: Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 2, Mainz 1975, S. 101–113, hier S. 106–108.

Der Eklat von München war kein Tagesereignis, sondern stand im Schatten jenes Modernismusstreites, der nach dem Abklingen des Kulturkampfes in der Endphase des Kaiserreiches im deutschen Katholizismus ausgebrochen war. Rudolf Morsey hat diesen Prinzipienstreit in all seinen Facetten schon vor über 40 Jahren eindrucksvoll beschrieben, vor allem aber das leidenschaftliche und heftige Gegeneinander einer integralistisch eingestellten und einer eher weltoffenen Richtung, die die immer noch nachwirkende Wagenburgmentalität des Kulturkampfes für eine Art Selbstschädigung hielt und im Interesse eigener Chancen auf eine aktive Teilnahme der Katholiken am modernen Deutschland plädierte.⁴⁹ Der Modernismusstreit deutscher Katholiken hat starke Berührungspunkte mit der Kirchenpolitik Papst Pius X. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Leo XIII., der unter dem Stichwort Ralliement zumindest eine Annäherung des französischen Katholizismus an die Republik toleriert hatte, lehnte Pius X. jede staatliche Existenz auf der Linie aufklärerischer Ideengeber ab. Für ihn war der weltliche Staat ein Stück Modernismus, den er nicht nur verurteilte, sondern durch einen Eid auch bekämpfen ließ, in dem er alle Kleriker schwören ließ, kompromisslos gegen Liberalismus, Sozialismus und Freimaurer anzugehen.

Der Streit um den Ursprung und die Legitimation von Herrschaft und Staat und auch der Streit um die Frage, ob Religion eine öffentliche oder private Angelegenheit sei, sollten den deutschen Katholizismus auch in der Zwischenkriegszeit belasten. Dem Beispiel des Münchener Kirchentags ließen sich noch viele anfügen, vor allem wenn das Thema Schule angeschnitten werden sollte, das insbesondere im Bereich der öffentlichen Volksschule immer wieder für Zündstoff gesorgt hat, weil die Einsichten in einen gebotenen pädagogischen Fortschritt permanent und unerbittlich mit der Tradition in Gestalt des konfessionellen Prinzips konfrontiert wurden. Doch hier steht Bayern, die CSU und die Zeit nach 1945 im Zentrum der Thematik und darum ist an dieser Stelle zu fragen, was der jahrzehntelange Streit im deutschen Katholizismus über die Moderne mit den Flügelkämpfen der CSU bis 1949 zu tun hat. Zunächst ist festzuhalten, dass sich die Tradition im Sinne der Integralisten nicht nur zeitabhängig abgeschwächt hat, sondern dass hierfür auch strukturelle Gegebenheiten maßgeblich waren. Ihre letzten Hochburgen hat die katholische Skepsis gegenüber der Moderne sicherlich in ländlich und bäuerlich geprägten Landschaften verteidigen können. In Bayern waren das vor allem die altbayerischen Landschaften, also Oberbayern, Niederbayern und das katholische Schwaben.

Deshalb sollte es auch nicht überraschen, dass der Parteivorsitzende Josef Müller mit seinen Kriegserklärungen an die Traditionen des deutschen bzw. bayerischen Katholizismus und an deren Bannerträger auf Dauer eine heftige Gegenwehr herausfordern musste. Einen Höhepunkt erreichte der bald massiv

49 Rudolf MORSEY, *Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923*, Düsseldorf 1966, S. 33–49.

anschwellende Protest im Februar 1948 in der so genannten Rebellion des Bezirksverbandes Oberbayern. Geleitet wurde die Aktion von Fritz Schäffer, der mittlerweile wieder als Politiker auftreten durfte.⁵⁰ Schäffer hatte, weil Alois Hundhammer für ihn diesen Platz frei gemacht hatte, den Vorsitz des Bezirksverbandes übernommen. Dahinter stand die Absicht einer möglichst schlagkräftigen Ausgangsposition für den Kampf gegen den „Parteidiktator“ Müller. Die Einzelheiten der nun losbrechenden Auseinandersetzungen können hier außer Betracht bleiben.⁵¹ Von Belang ist hier vielmehr der Aspekt des Gesinnungsstreites. Deshalb verdienen vor allem die Ausführungen Aufmerksamkeit, die Schäffer dem oberbayerischen Bezirksverband gegenüber gemacht hat, um seine „Kriegserklärung“ an Müller zu begründen. Schäffer vermied eine Sinndeutung der Politik entlang der antimodernistischen Denkmuster des Papstes Pius X. Die Zeichen einer neuen Zeit waren auch ihm nicht entgangen. Aber er forderte wortgewaltig, dass die Union wieder zu einer Partei werden müsse, in der „nur mit christlichen Methoden gearbeitet wird“. Zugleich bestand er darauf, dass die CSU „die christlichen Grundsätze im öffentlichen Leben bedingungslos und kompromisslos“ zu vertreten habe⁵².

Schäffers Vorstoß ist gescheitert. Dafür gab es mehrere Gründe. Der wichtigste war wohl der, dass Schäffer bei seiner Attacke stärker als je zuvor den Eindruck einer persönlichen Motivation an den Tag gelegt hatte. Deshalb gewann außerhalb Oberbayerns bald die Meinung an Boden, dass es Schäffer letztlich nicht um Gesinnungen ging, sondern um einen Rachefeldzug gegen den Parteivorsitzenden Müller. Doch die Partei war inzwischen in ihrer Mehrheit Streitereien dieser Art überdrüssig geworden.⁵³ Hinzu kam, dass Schäffers Stern zunehmend in der Partei verblasst war, weil er im Laufe der Zeit keinen Hehl aus seinen Sympathien für die Bayernpartei gemacht hatte, die inzwischen in den altbayerischen Bezirken zu einer gefährlichen Konkurrentin für die CSU herangewachsen war. Im September 1948 saß Schäffer praktisch zwischen allen Stühlen. Seine Kandidatur für den Parlamentarischen Rat in Bonn scheiterte, weil der Müller-Flügel sie missbilligte und mit seiner Haltung Erfolg hatte. Als der enttäuschte Schäffer daraufhin in der Bayernpartei Fuß zu fassen suchte, wurde er auch hier zurückgewiesen. In dieser für ihn total ver-

50 Das Verbot der politischen Betätigung und die Rückgabe des passiven Wahlrechts an Fritz Schäffer erfolgten am 21.1.1948.

51 Eingehend hierzu MINTZEL, *Die CSU* (wie Anm. 13), S. 225–233 und SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 221–229. Siehe auch FAIT, *Einleitung/Protokolle* (wie Anm. 6), S. LXVI – LXXXIV.

52 Protokoll der Bezirksversammlung der CSU Oberbayern am 14.2.1948. Bundesarchiv Koblenz, Nachlass Schäffer 22, Bl. 1–48, hier Bl. 4. Zitiert nach SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 221.

53 Über die Reaktionen der Landespartei Einzelheiten bei SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 224–229.

fahrenen Situation des September 1948 ist Schäffer aus der CSU ausgetreten.⁵⁴ Damit war der streitbare Oberbayer für die bayerische Landespolitik erst einmal aus dem Spiel. Ein Jahr später holte er für die CSU nach einem Wiedereintritt in die Partei ein Direktmandat für den Deutschen Bundestag. Danach wird Schäffer eindrucksvoll eine zwölfjährige Karriere als Bundesminister starten, wobei er zunächst bis 1957 für Finanzen zuständig war, danach für das Justizwesen. Bonn war der Ort, wo der einst traditionalistisch denkende Schäffer durch Erfahrung selbst entdecken sollte, dass auch ein moderner Verfassungsstaat wie die Bundesrepublik durchaus Stabilität in jeder Hinsicht verkörpern kann und deshalb auch die Loyalität einer katholischen Hochburg wie Oberbayern verdient.

Die oberbayerische Rebellion gegen die Landespartei kann an dieser Stelle jedoch noch nicht ganz ausgeblendet werden. Unbedingt ins Bild aufzunehmen sind die Wahlen der neuen Gemeinderäte und zu den Parlamenten in den Städten und Landkreisen. Sie haben im April 1948 stattgefunden und erbrachten für die CSU empfindliche Schlappen. In den altbayerischen Räumen vor allem und klar erkennbar zugunsten der soeben zugelassenen Bayernpartei, in den protestantischen Gegenden Frankens weniger stark und hier in Gestalt einer Abwanderung zu den Liberalen.⁵⁵

Auszuhalten hatte die CSU außerdem noch eine empfindliche Schwächung durch die Währungsreform. Sie entzog der Partei, um es mit den Worten von Thomas Schlemmer zu sagen, „gleichsam über Nacht die finanzielle Basis“. Schlemmer sieht hierin einen wesentlichen Grund für das vorläufige Ende der CSU als „christlich-interkonfessionelle Sammlungsbewegung“ nach den Vorstellungen des zu diesem Zeitpunkt immer noch amtierenden Parteivorsitzenden Josef Müller und zugleich deren Rückfall in den Status einer Honoratiorenpartei, wie er, so Schlemmer, von dem oberbayerischen Bezirksverband und ihrem Vorsitzenden Alois Hundhammer erstrebt worden sei.⁵⁶ Keine Frage, die Krise der CSU von 1948 war auch eine Krise ihrer Organisation und ihres Apparats. Doch der eigentliche Grund für ihren Niedergang bis 1949 und ihrer Stagnation bis 1955 lag woanders; er lag in dem in dieser Zeit noch immer nicht bewältigten Streit um Gesinnungen. Die Ergebnisse der Wahlen von 1948 weisen deutlich in diese Richtung. Denn der hohe Zuspruch der Bayernpartei in Altbayern und die enormen Gewinne der Liberalen in Franken sind vornehmlich einem Wahlverhalten zuzuschreiben, in dem das Weltanschauliche ähnlich wie in der Weimarer Zeit eine große Rolle gespielt haben muss.

54 Hierzu ausführlich HENZLER, *Schäffer* (wie Anm. 5), S. 255–265. Siehe auch MINTZEL, *Die CSU* (wie Anm. 13), S. 225–234 und FAIT, *Einleitung/Protokolle* (wie Anm. 6), S. LXVI–LXXXIV. Zum Thema Austritt auch SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 228f.

55 Umfangreiche Statistiken EBD. S. 232–239.

56 EBD. S. 242.

III.

Auch in der Partei selbst war der Gesinnungsstreit 1948 noch lange nicht ausgestanden. Die Personengeschichte deutet hier sogar eine Verschärfung an. Unmittelbar nach dem Parteiaustritt Schäffers fiel die Führung des Bezirksverbandes Oberbayern wieder an Alois Hundhammer zurück, der sie von nun an als Kernbestand seiner Hausmacht bis zum Jahre 1970 nicht mehr aus der Hand geben wird. Nach dem Rückzug Schäffers wird Hundhammer auch dessen Platz als Symbolfigur der katholisch-konservativen Linie in der CSU einnehmen.⁵⁷ In der Geschichtsschreibung wird Hundhammer vorwiegend als ein umstrittener Politiker Bayerns dargestellt.⁵⁸ Als er 65 wurde und sein Abschied nicht mehr weit war, zeichnete die „Süddeutsche Zeitung“ ein ziemlich verzerrtes Bild von ihm. Das linksliberal ausgerichtete Blatt beschrieb ihn als eine Person mit schwarzem Vollbart, der ein Symbol „von finsterner Entschlossenheit, religiöser Intoleranz und zivilisatorischer Rückständigkeit“ sei.⁵⁹ Bei Bernhard Zittel, der bisher wohl das überzeugendste Charakterbild von Hundhammer gezeichnet hat, lassen sich weitere Beispiele eines angeblich „verstockten und unbelehrbaren erkonservativen Politikers und arroganten Sittenwächters“ finden.⁶⁰ Hundhammer war sicherlich ein kantiger Politiker. Aber als Persönlichkeit war er mindestens so stark wie Schäffer, der allein schon wegen seines hitzigen Temperaments gelegentlich in Gefahr stand, uneinsichtig zu sein. Hundhammer dagegen agierte stets abgeklärt, auch dann, wenn er als Taktiker gefragt war. Außerdem war er mit einem ausgeprägten Machtinstinkt ausgestattet. Als Schäffer die CSU verließ, hatte Hundhammer schon längst seine Brückenköpfe gegen Müller errichtet. In der Partei war das der Bezirksverband Oberbayern, und auf der Ebene staatlicher Institutionen waren das vor allem die Fraktion der CSU im Münchener Maximilianeum, der Wirkungsstätte des bayerischen Landtags, und das bayerische Regierungskabinett. Hundhammer war in Personalunion Vorsitzender seiner Fraktion von 1946–1951 und Staatsminister für Unterricht und Kultus im ersten Kabinett Hans Ehard. Die so geschaffene Machtbasis setzte Hundhammer konsequent gegen den Müller-Flügel ein. Das Resultat war, nur die wichtigsten Vorgänge seien genannt, ein äußerst anstrengender Dualismus zwischen Partei und Fraktion,⁶¹ eine Ministerpräsidentenwahl mit unerwartetem Ausgang, weil die Fraktion derart zerstritten war, dass deswegen am 21. Dezember 1946 nicht Josef Mül-

57 EBD. S. 105.

58 So auch sein Biograph BRAUN (wie Anm. 15) S. 65.

59 Zitiert nach SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 105.

60 Bernhard ZITTEL, *Alois Hundhammer (1900–1974)*, in: Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 5, Mainz 1982, S. 253–265, hier S. 253.

61 Näheres bei SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 174–178 und S. 194–218.

ler, sondern mit Unterstützung des Hundhammer-Flügels und der SPD der Kandidat Hans Ehard zum Zuge kam,⁶² und schließlich noch der Sturz Müllers als Parteivorsitzender im Mai 1949.⁶³

Ein Politiker, der wie Hundhammer über Jahre immer wieder im Brennpunkt von hart umkämpften Entscheidungen gestanden hat, muss damit leben, als umstritten zu gelten. Für den hier thematisierten Gesinnungsstreit in der frühen CSU ist vor allem der Hundhammer als „Homo Bavaricus“ und „Homo Christianus“⁶⁴ von Bedeutung.

Hundhammer war ein tiefgläubiger Katholik. Seine Heimat war das oberbayerische Voralpenland, eine Gegend mit schönen Landschaften, einem kraftvollen Bauerntum, barocken Kirchen und einer hohen Katholizität, die tief verwurzelt war in Brauchtum und Sitten. In seiner Staatsauffassung orientierte er sich stark an den Ideen, wie sie seit Pius X. in antimodernistisch eingestellten Kreisen des deutschen Katholizismus populär waren. Schon in der Weimarer Zeit hat Hundhammer auf paternalistische Denkmuster gesetzt, wenn er den Sinn eines gottgefälligen Staates und einer ihm entsprechenden öffentlichen Ordnung zu erklären versuchte. Es verwundert deshalb nicht, dass er als erklärter Föderalist den modernen Zentralstaat zunächst immer aus der Perspektive des Gesellschaftlichen in Frage gestellt hat und das nicht nur mit Blick auf Berlin und das Deutsche Reich, sondern auch auf München und das Bayern seit 1806. Das heißt nicht, dass Hundhammer frei gewesen wäre von antipreußischen Gefühlen, dass er nicht verärgert gewesen wäre über die nach 1918 verloren gegangenen Reservatsrechte. Aber dies war eher einem Groll geschuldet, der damals allgemein verbreitet war, vor allem in altbayerischen Landschaften. Staatspolitisch wirklich wichtig war Hundhammer allein der Erhalt und der Schutz weltanschaulicher Geschlossenheiten, und darunter verstand der Integralist immer ein vorstaatliches und naturgegebenes Lebensrecht als gläubiger Christ und ein Recht auf Treue zu seiner Kirche als der Hüterin der Gebote Gottes.

Oliver Braun hat die ideologischen Fundamente, auf die er hierbei zurückgriff, in beeindruckender Weise herausgearbeitet. Hundhammer war überzeugt von einem naturrechtlich begründeten Primat der christlichen Sittengesetze und der Offenbarungslehre in der Politik, woraus er zeit seines Lebens ein weit reichendes Mitsprache- und Gestaltungsrecht der Kirchen in der Öffentlichkeit ableitete. Hundhammer war mit Kardinal Faulhaber der Auffassung, dass der Weimarer Verfassungsstaat keine Legitimation besitze, einmal, weil er mit dem Ruch einer Revolution befleckt sei, und zum zweiten, weil er im Kern ein

62 EBD, S. 181–194.

63 EBD, S. 280–329.

64 Diese Begrifflichkeiten werden hier in Anlehnung an ZITTEL, *Hundhammer* (wie Anm. 60), S. 265 benutzt.

Werkstück des Liberalismus und Sozialismus sei und darum auch nur noch eine weltliche Angelegenheit ohne Gott und Kirche. Aus diesem Grund verwarf Hundhammer auch den modernen Parlamentarismus und Parteienstaat und favorisierte stattdessen ständestaatliche und organische Ordnungsmodelle, obwohl er wusste, dass sie per se immer hierarchisch und autoritär strukturiert sind.⁶⁵ Dem Postulat der klassischen Aufklärung vom Staat als abstrakter Idee wird sich Hundhammer zu keinem Zeitpunkt seines Lebens öffnen, womit zugleich angezeigt ist, dass er nach dem Zweiten Weltkrieg weltanschaulich-ideologisch den gleichen Platz einnahm wie in der Weimarer Zeit.

Hundhammer war und blieb immer ein christlicher Gesinnungspolitiker, dem es äußerst schwer gefallen ist, in und mit der Zeit zu leben, in die er hineingeboren worden war. Damit war er Müller klar unterlegen, dessen Kernidee von einer interkonfessionellen christlichen Volkspartei nicht nur modern war, sondern zugleich auch eine viel versprechende Rezeptur anbot, um die enormen moralischen und materiellen Existenzfragen der Jahre nach 1945 zu bewältigen. Dennoch gelang es Hundhammer, bis zum Jahre 1949 mit seinem Rivalen auf Augenhöhe zu bleiben, ja, ihn am Ende sogar auszuübertreffen. Dafür gab es Gründe, persönliche, aber auch solche, die von der allgemeinen politischen Wetterlage bestimmt waren.

Zunächst zu den persönlichen: Hundhammer war ein Politiker, der eine einmal eingeschlagene Linie durchhalten konnte, und er konnte zäh um seine Ziele kämpfen.⁶⁶ Müller konnte das auch, aber er war nicht fähig, seine Positionen durch Vertrauen zu verankern. Die charakterliche Stärke und Integrität seines Rivalen erreichte Müller nie.⁶⁷ Hundhammer war im Dritten Reich weniger gefährdet gewesen als Müller, aber auch er hatte diese Zeit in einer unbeugsamen und würdigen Haltung durchgestanden. Als erklärter Gegner des Nationalsozialismus war Hundhammer 1933 für einen Monat in das KZ Dachau eingewiesen worden. Danach hatte der zweifache Doktor und gelernte Jurist in der Sonnenstraße von München, zwischen Sendlinger Tor und Stachus, eine kleine Reparaturwerkstatt für Schuhe erworben, mit der er sich und seine Familie wirtschaftlich kärglich über Wasser hielt.⁶⁸ Es mag sein, dass in die Führungsgremien der Nachkriegs-CSU Personen eingezogen sind, die im Dritten Reich ein noch schlimmeres Schicksal erlebt haben als Hundhammer,⁶⁹ aber für den hier untersuchten Flügelkampf ist dieses Mehr oder Weniger nicht relevant, sondern allein die Tatsache, dass Hundhammer als eine der wenigen Führungsfiguren des altbayerisch-konservativen Flügels die zwölf NS-Jahre

65 Dazu ausführlich BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 136–237 und S. 311–349.

66 ZITTEL, *Hundhammer* (wie Anm. 60), S. 253f.

67 Siehe oben, S. 116f.

68 BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 243.

69 Ausführlich zu dieser Thematik SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 29–44.

ohne jeden Makel durchgestanden hatte. Deshalb brauchte er auch niemandem mehr zu beweisen, ein Politiker zu sein, der im Weltbild des Katholischen den freiheitlichen Rechtsstaat will. Hier war er absolut unangreifbar, so dass die Instrumentalisierung der Vergangenheit, die Müller in seinen Auseinandersetzungen mit Schäffer nicht ohne Wirkung einsetzen konnte, bei Hundhammer stumpf bleiben musste.

Wie wirkte sich die Veränderung der internationalen politischen Wetterlage zugunsten von Hundhammer aus? Ängste vor dem Kommunismus sind eine Konstante in der deutschen und europäischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert. Nach dem Zweiten Weltkrieg drohten die Abneigungen fast schon zu einer Hysterie auszuwachsen. Auslöser war dabei vor allem die Furcht vor einer expansiven Außenpolitik der Sowjetunion, die durch eine Reihe von Ereignissen in Deutschland und Europa immer wieder Nahrung fand. Erinnert sei hier nur an die ergebnislos verlaufene Konferenz der Ministerpräsidenten der vier Besatzungszonen, die die CSU direkt vor ihrer Haustür in München miterlebte, oder an den durch Kommunisten herbeigeführten Umsturz in der Tschechoslowakei im Februar 1948, ein Vorgang, den Bayern in unmittelbarer Nachbarschaft wahrzunehmen hatte. Der Antikommunismus als politischer Faktor steigerte sich danach noch, wobei er in seiner Wirksamkeit maßgeblich gesteuert wurde durch den Prozess der Teilung Deutschlands in zwei Staaten. Der eine gehörte zum so genannten Westen und durfte sich eine freiheitliche Herrschaftsordnung geben, der andere zum so genannten Osten, was gleichbedeutend war mit einer Fremdbestimmung in Richtung einer kommunistischen Diktatur.

Zu den Reaktionen auf diese Entwicklung gehörte im Westen Deutschlands eine Hochkonjunktur politischer Vorstellungen, die sich in dem Begriff vom christlichen Abendland widerspiegeln. Wenn es darum ging, den Kommunismus als Gefahr für den freien Westen und seiner Kultur zu beschwören, waren solche mythologisch eingefärbten Bilder der Vergangenheit stark gefragt. In dem Augenblick war Westeuropa wieder das Europa der wahren Freiheit und ein Vorbild an Hochkultur mit starken historischen Wurzeln. Von dieser Warte aus musste der Begriff Europa bald zu einem Leitbegriff auswachsen. Antike, Christentum, Romanen und Germanen sind bei dieser Festlegung als Wegbereiter für das christliche und humanistische Europa bewusst als Erinnerung geweckt worden. Der Gedanke vom Abendland erfuhr in der CSU seine stärkste Unterstützung in den Kreisen um Schäffer und Hundhammer. Deren Begeisterung hatte allerdings weniger mit dem Vorsatz zu tun, Europa über eine Einigung stark zu machen, sondern eher mit der Aussicht, den Begriff Abendland positiv für die Durchsetzung von Ordnungsideen einzusetzen, die sich als föderalistisch in einem subsidiären Sinne verstanden und betont kirchenfreund-

lich waren.⁷⁰ Ähnliches lässt sich zum Thema Naturrecht sagen. Das war in der Nachkriegszeit ebenfalls populär, weil das Recht in der Hitlerdiktatur gänzlich zerstört worden war. Schäffer und Hundhammer waren erklärte Freunde des Naturrechts, und zwar auch hier aus der Überlegung heraus, in einem kommenden Verfassungsstaat Deutschland für die Kirche und für konfessionell geprägte Landschaften vorstaatliche Rechte abzusichern.⁷¹

Das fast schon missionarische Engagement Hundhammers für eine möglichst starke Identifizierung Bayerns und Europas mit den mythisch durchtränkten Bildern vom Abendland hat ihm – isoliert betrachtet – in seinen Duellen mit Müller keine Vorteile eingetragen; auch nicht seine Bekenntnisse zum Naturrecht. Dafür waren seine Versuche einfach zu irritierend, diese Ideenfelder in ihrer normativen Wegweisung nur durch die Brille eines katholischen Politikers sehen zu wollen und damit zu verengen. Die Mehrheit in der CSU wollte auf der Linie von Josef Müller eine christliche und zugleich moderne Landes- und Volkspartei, zum Wohle Bayerns und darum möglichst ohne irgendwelche belastenden konfessionellen Schranken. In diesem Streitpunkt blieb Hundhammer immer Außenseiter und Müller Favorit. Dass der Oberbayer bis zum Jahre 1949 dann doch einen Gleichstand erreichen konnte, hat vor allem mit der kompromisslosen Ächtung zu tun, die Hundhammer dem Kommunismus und jeder Art von totalitärer Herrschaft gegenüber demonstrierte. Durch diese Standhaftigkeit und Klarheit hat er im bald einsetzenden Kalten Krieg zunehmend Vertrauen und Zuspruch finden können. Müller zeigte dagegen keine Berührungängste mit den Kommunisten, und er pflegte – nicht ohne Stolz und Koketterie – sogar Kontakte zur Sowjetischen Militäradministration in Karlshorst.⁷² Müller war Föderalist, aber seine Vorstellungen von einer dezentralen Staatsstruktur gingen einher mit einer starken patriotischen Gesinnung. Weil er die Einheit Deutschlands in Gefahr glaubte, fühlte er sich verpflichtet, alles zu versuchen, um die drohende Spaltung zu verhindern. Dabei übersah er ähnlich wie Jakob Kaiser, dass in der deutschen Frage die Diplomatie schon im Jahre 1946 kaum noch gefragt war. Im Sommer 1946, in der Zeit der Beratungen über eine neue bayerische Verfassung, war die Frage des Umgangs mit den Kommunisten allerdings noch ohne große Brisanz. Aber Ende 1946, bei der Wahl des ersten bayerischen Ministerpräsidenten nach der Landtagswahl vom 1. Dezember, spielte sie bereits eine wichtige Rolle. Müllers Kandidatur ist freilich nicht hieran gescheitert, sondern an einer zum Teil unfairen Kampagne gegen ihn wegen angeblicher Belastungen aus der Zeit des Dritten Reiches. Sie ging nicht von Hundhammer aus, aber er hat

70 Ausführlich dazu BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 265–282.

71 Detaillierte Darstellung EBD. S. 282–310.

72 EBD. S. 271–273.

sie zur Verhinderung seines Rivalen genutzt.⁷³ Im Jahre 1949, als Müller schließlich den Vorsitz in der CSU verlor, dürfte der kommunistische Faktor jedoch eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben. Allerdings ist es Hundhammer nie gelungen, den Müller-Flügel zu besiegen. Erreicht hat er nur ein Patt. Doch Hundhammer war klug genug, angesichts dieses Gleichstandes seine Partei nicht in eine Existenzkrise zu manövrieren. Deshalb suchte er nach einem Ausweg und der hieß schließlich Hans Ehard, ein Jurist, dem im Hitlerprozess von 1924 die Rolle des zweiten Staatsanwaltes zugefallen war und der im August 1933 auf eigenen Antrag hin als Ministerialrat das bayerische Justizministerium verlassen hatte, um danach Senatspräsident des Oberlandesgerichts zu werden. Der Name Hans Ehard steht für den hohen Standard der bayerischen Staatsverwaltung seit dem Freiherrn Maximilian Joseph Montgelas. Als Politiker und als Person versinnbildlicht Ehard die Doktrin von der Einheit des bayerischen Staates in der Form, die er 1806 gefunden hatte. Die Gewährleistung sicherte eine ausgesprochen etatistische Gesinnung, eine leidenschaftliche Treue zum bayerischen Staat und seinen Traditionen als Freistaat.⁷⁴ Die Wahl Ehards zum Ministerpräsidenten seines Landes erfolgte im Dezember 1946. Er verblieb in diesem Amt zunächst bis zum Jahre 1954 und war auch danach noch über elf Jahre als Politiker hochrangig in der Verantwortung. Ehard war nach dem Kriege der erste CSU-Politiker, der als Ministerpräsident demonstrativ als Anwalt des bayerischen Staatsgedankens hervorgetreten ist. Seine Nachfolger haben diese Linie beibehalten, insbesondere Hanns Seidel, der Amtsinhaber von 1957 bis 1960⁷⁵, und Alfons Goppel, der die Regierung in München von 1962 bis 1978 führte⁷⁶.

Ehard war Föderalist. Im Auge hatte er dabei vor allem die Interessen „seines“ bayerischen Staates, konkreter ausgedrückt: Das ordnungspolitische Wesentliche war für ihn die Wahrung von Hoheitsrechten Bayerns gegenüber dem Bund und im Verhältnis zu den anderen Gliedstaaten sowie eine möglichst starke Beteiligung der Länder in der Politik des Bundes. Ehards Einstellung als Föderalist folgte also den klassischen Lehren von einer bundesstaatlichen Struktur im Sinne einer zugelassenen Vielfalt mit begrenzten, aber dennoch eigenen Hoheiten in Teilbereichen und einer von allen Gliedstaaten anerkannten übergeordneten Einheit mit allgemeinverbindlichen Hoheiten, für die die Länder wiederum mit zuständig waren. Josef Müller und seine Anhänger

73 Einzelheiten bei SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 168–178.

74 Das Bild vom Hüter des bayerischen Staatsgedankens bestätigt vor allem die politische Biographie von Karl-Ulrich GELBERG, *Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946–1954*, Düsseldorf 1992.

75 Hans Ferdinand GROß, *Hanns Seidel 1901–1961. Eine politische Biographie*, München 1992, S. 46–48 und S. 177–204.

76 Hans MAIER, *Die Ära Goppel*, in: Hans ZEHETMAIR (Hg.), *Bilanz eines erfüllten Lebens. Alfons Goppel zum 100. Geburtstag*, München 2005, S. 46.

standen dieser Linie näher als Hundhammer und dessen Lager. Der Unterschied zwischen Müller und Erhard lag in der jeweiligen Einstellung zu Deutschland als Nation, was unter anderem zur Folge hatte, dass Müller beim Thema Föderalismus das Bundesprinzip nur in einem Nebeneinander mit der Zentrale sah und nicht – wie Erhard – in einem Miteinander und einer Teilhabe an der Zentrale. Hundhammer dachte sicherlich auch föderalistisch, aber weniger aus der Sicht des bayerischen Staatsgedankens von 1806, sondern in Anlehnung an die katholische Staatslehre und ihrem Schlüsselbegriff von der Subsidiarität. Im historischen Bewusstsein Hundhammers stand nicht das neuzeitliche Bayern im Vordergrund, sondern das katholische Altbayern und seine überaus reiche Tradition von 1.500 Jahren.⁷⁷ Im Grunde dachte Hundhammer nicht föderalistisch, sondern regionalistisch. Bewahren wollte er die tradierten Milieus und vor allem ihre jeweiligen konfessionellen Prägungen und Identitäten. Sein Hauptanliegen war darum nicht ein staatlich starkes Bayern, sondern ein starkes Bayern der Regionen und der Konfessionen. Den Staat sah Hundhammer eher in einer dienenden Funktion. Das Wesentliche blieb für ihn immer eine kirchenfreundlich eingestellte Gesellschaft und deren Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung nach den Grundregeln des subsidiären Prinzips.⁷⁸ In Ordnungsfragen verhielt sich Hundhammer eigentlich immer als Ideologe und stets äußerst defensiv gegenüber der Moderne. Er war darum weit davon entfernt, wie Erhard und in gewisser Weise auch Müller konsequent für den bayerischen Staatsgedanken einzutreten.

In der Literatur wird Hundhammer dennoch als ein Verfechter der bayerischen Eigenstaatlichkeit benannt, wobei sein Antimodernismus in politischen Organisationsfragen dahingehend übersetzt wird, er habe als Föderalist einen radikalen Standpunkt vertreten.⁷⁹ Aber die Gegensätze zwischen Erhard und Müller einerseits sowie Hundhammer andererseits wurzelten nicht in unterschiedlichen Denkweisen über den Föderalismus, sondern in diametral entgegengesetzten Ansichten über das Wesen eines Staates. Für Erhard und Müller war das Prinzip der Volkssouveränität als Legitimation der Staatsmacht in einer Demokratie kein Problem, aber für den traditionalistisch eingestellten und frommen Katholiken Hundhammer schon. Für ihn war der Staat auch noch in der Mitte des 20. Jahrhunderts keine weltliche Angelegenheit, sondern ein Organisationskörper für eine Herrschaftsausübung, die nur dann Anerkennung finden darf, wenn sie gottgefällig ist. Was hier in der Gesinnung als gegensätzlich auffällig wird, erinnert stark an die Kontroverse zwischen Faulhaber und

77 SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 107 und Anm. 498.

78 Klare Aussagen hierzu bei BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 340 in Zusammenhang mit dem so genannten „Hundhammer-Memorandum“ (so genannt, weil die Urheberschaft Hundhammers nur als wahrscheinlich gilt) aus dem Jahre 1948.

79 Als Beispiel sei angeführt SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 107.

Adenauer auf dem Münchener Katholikentag 1922. Doch diesmal entluden sich die Auseinandersetzungen über diese Grundsatzfragen nicht vor einem großen Publikum, sondern in jenen Gremien in München und Bonn, die den Auftrag hatten, für Bayern und einen in Aussicht stehenden westdeutschen Teilstaat Verfassungen zu schaffen. Ausgewählt werden zwei Beispiele, um die Beweisführung einer Gesinnungskonfrontation vorzunehmen. Das eine bezieht sich auf die Auseinandersetzungen in der Verfassungsgebenden Landesversammlung Bayerns um das Amt eines Staatspräsidenten, das andere auf die hitzigen Diskussionen innerhalb der CSU über die Zustimmung oder Ablehnung des Bonner Grundgesetzes.

IV.

In der Verfassungsgebenden Landesversammlung Bayerns von 1946 verfügte die CSU mit 109 von 200 Mandaten über eine absolute Mehrheit. Die Frage nach einem bayerischen Staatspräsidenten stand dort am 11. und 12. September auf der Tagesordnung. Als abgestimmt wurde, verweigerten 23 Abgeordnete der CSU ihre Zustimmung mit der Folge, dass der Antrag auf die Einführung eines Verfassungsorgans Staatspräsident mit einer knappen Mehrheit von 85 zu 84 Stimmen abgelehnt wurde. Es gab einige Enthaltungen, und es gab für die unterlegene Seite einige Stimmen aus der SPD-Fraktion, so dass die Verlierer von einer Zufallsmehrheit sprachen und auf eine zweite Abstimmung bestanden, die aber das erste Votum mit 87 zu 81 Stimmen bestätigte, vor allem, weil sich die SPD-Fraktion nun geschlossen einem Staatspräsidentenamt verweigerte.⁸⁰

Über diese Niederlage in einer elementaren Verfassungsfrage waren in der CSU-Fraktion viele enttäuscht und verbittert. Niemand dürfte unter dem Vorgang mehr gelitten haben als der Fraktionsvorsitzende Alois Hundhammer. Sein Biograph Oliver Braun meint sogar, dass er den fehlgeschlagenen Versuch zeit seines Lebens „nie ganz überwunden“ habe. Vor allem sieht Braun hierin „einen Grundstein“ für das in der Folge völlig zerrüttete Verhältnis zwischen Hundhammer und Müller. Dieser war in der Tat der Wortführer der Gegner eines Staatspräsidentenamtes in der CSU-Fraktion gewesen, wobei er sich vor allem auf Abgeordnete aus dem fränkischen Raum hatte stützen können.⁸¹ Nach der erfolgreichen Opposition Müllers in der Staatspräsidentenfrage stand für den grollenden Hundhammer endgültig fest, dass der Parteiführer keine Eignung für ein höheres Amt in der Politik besitze. Dieses vernichtende Urteil hat er in der Folge in vertraulicher Form wiederholt in München und Bonn erneuert und dabei stets auf die Rädelführerschaft Müllers hingewiesen. Selbst

80 Einzelheiten bei SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 141–148.

81 Exakte Daten EBD. S. 146.

noch in der Situation des Jahres 1952, als Müller wegen einer Affäre vom Amt des bayerischen Justizministers zurücktreten musste, war es ihm wichtig, daran zu erinnern, dass Müller im Jahre 1946 eine „starke Verankerung des bayerischen Staatsgedankens“ verhindert habe, ohne daß jedoch andererseits eine „positive und fördernde Mitwirkung Dr. Josef Müllers bei den Verfassungsberatungen von 1946 ... festzustellen“ gewesen sei⁸². Die geradezu inquisitorische Ächtung des Politikers Müller durch Hundhammer hat sicherlich auch mit Antipathien zu tun. Aber die reichen bei weitem nicht aus, um einen offenbar tief sitzenden Hass in seinen letzten Gründen zu erklären.

Um den ganzen Sachverhalt aufzuhellen, ist es notwendig, zunächst einen Blick auf die Allianz der Befürworter eines Präsidentenamtes zu werfen. Der gemeinsame Nenner hieß hier, dieses Verfassungsorgan ist unabdingbar, wenn der kommende bayerische Staat stark sein soll. In der Argumentation spielten Reminiszenzen an die Zeit von Weimar eine bedeutsame Rolle. Damals, so die Mahner in der Rückschau, sei Bayern als Staat schwach geblieben, weil das Reich sein Profil unterdrückt habe. Mit einem bayerischen Staatspräsidenten wäre eine solche Demütigung verhindert worden. Deshalb müsse jetzt, beim Aufbau einer neuen Staatsordnung für Deutschland, die Chance unbedingt genutzt werden.⁸³ Den inneren Zusammenhang von bayerischer Staatsfrage und Präsidentenamt hat auch Hundhammer wiederholt betont, so etwa in der Sitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung vom 20. September 1946, als er beim zweiten Versuch, das Amt eines bayerischen Staatspräsidenten in die Verfassung aufzunehmen, seinen Antrag unter anderem damit begründete, dass es in dieser wichtigen Angelegenheit um ein starkes Bayern ginge im „Interesse des deutschen Volkes und des gesamteuropäischen Friedens“⁸⁴.

Die Gegner Hundhammers aber nahmen ihm diese hehre Ankündigung nicht ab. Sie witterten hinter dem Vorstoß eher eine antimoderne Grundhaltung und einen klammheimlichen Versuch, ein Anliegen der Bayerischen Volkspartei aus alten Tagen umzusetzen. Außerdem argwöhnten sie, dass die Befürworter des Präsidentenamtes in ihrer Mehrheit letztlich die Rückkehr der Monarchie im Sinn hätten und um ihres Ziels willen sogar bereit wären, Verrat an der deutschen Nation zu üben.⁸⁵ Schon diese massiven Verdächtigungen zeigen an, dass es bei diesen Auseinandersetzungen um mehr ging als nur um eine zweckdienliche Sinnfrage der Politik.

82 BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 335. Die Ursprungszitate sind ausgewiesen im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung, NL Alois Hundhammer, Bd. 3, undatiertes Manuskript (vermutlich Juni 1952), ohne Titel, 8 Seiten, hier S. 2.

83 Ausführlich zu dieser Thematik vor allem SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 128–148. Siehe auch BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 329–338.

84 Stenographischer Bericht über die 8. Sitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung vom 20. 9. 1946, S. 178. Zitiert nach SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 144.

85 EBD. und BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 331–333.

Die Anhänger des Präsidentenamtes waren über das Anliegen eines solchen Verfassungsorgans keineswegs einer Meinung. Karl Scharnagl, von 1925 bis 1933 Oberbürgermeister von München und in der Verfassungsgebenden Landesversammlung ein einflussreicher Vertreter der CSU, oder Michael Horlacher, ebenfalls CSU und von 1946 bis 1957 amtierender Präsident des Bayerischen Bauernverbandes, waren erklärte Anhänger der bayerischen Staatsidee von 1806. Entsprechend waren ihre Geschichtsbilder und ihr Denken über Föderalismus. Ihr Orientierungspunkt war allein der bayerische Staat, wie er seit rund 150 Jahren bestand. Beide wollten ein deutsches Bayern. Das aber sollte ein hohes Maß an Eigenstaatlichkeit besitzen. Deshalb schwebte ihnen zugleich ein möglichst dezentrales Deutschland vor und aus all diesen Gründen eine starke persönliche Regentschaft an der Spitze des Freistaates.⁸⁶ Dass auch Hans Ehard, der künftige Ministerpräsident, ähnlich dachte, wurde bereits erwähnt,⁸⁷ und auch Wilhelm Hoegner, der führende Kopf der SPD-Fraktion in der Verfassungsgebenden Landesversammlung, hing dieser Linie an.⁸⁸ Der subsidiär orientierte katholische Föderalist Hundhammer aber dachte hier in eine ganz andere Richtung. Seine Erwartung an ein Präsidentenamt wurde bestimmt von der Absicht, über ein solches Verfassungsorgan einen Damm gegen eine drohende Säkularisierung des bayerischen Staates aufzubauen. Seine große Besorgnis über einen möglichen Triumph des modernen Verfassungsstaates, eine Begrifflichkeit, die Hundhammer immer mit den von ihm partout nicht gewollten weltlichen Staat gleichsetzte, hat er zu keinem Zeitpunkt deutlicher zum Ausdruck gebracht als am 12. Mai 1949. An diesem Tag stand in der CSU-Landtagsfraktion die Annahme des Grundgesetzes auf der Tagesordnung. Hundhammer äußerte sich damals ablehnend und gab zur Begründung seiner Auffassung folgende Ausführungen zu Protokoll:

„Ich bin der Auffassung, daß die wirkliche Gefahr für die Zukunft des deutschen Volkes und Europas überhaupt und daß die wirkliche Gefahr für die Christen nicht die Partikularisten, sondern die Zentralisten sind. Diese werden mit einer sozialistischen Mehrheit, die vor unseren Türen steht, die Parlamente haben, um uns in unserer christlichen Linie endgültig aus dem Sattel zu heben (...) Die weltanschauliche Frage ist noch wichtiger als alles andere. Aus dem Weltanschaulichen heraus fällt die Entscheidung. ...“⁸⁹

86 SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 143–144. Siehe auch BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 330–331.

87 GELBERG, *Ehard* (wie Anm. 74), S. 36

88 SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 141–143. Nach Hans Ferdinand Groß hat auch Hanns Seidel, der bayerische Ministerpräsident von 1957–1960, im Jahr 1806, als Bayern mit seinen nunmehr fränkischen und schwäbischen Gebieten zum Königreich erhoben wurde, „den entscheidenden Einschnitt“ gesehen. Hans Ferdinand GROSß, *Seidel* (wie Anm. 75), S. 47.

89 Protokoll der Fraktionssitzung vom 12. Mai 1949, zitiert nach BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 347.

Diese Textstelle lässt sicherlich auch Interpretationen in Richtung Separatismus und verdeckte Sympathien für eine Rückkehr der Monarchie zu.⁹⁰ Hundhammers eigentliches Anliegen war aber der christlich geprägte Staat, den er, ähnlich wie Faulhaber auf dem Münchener Kirchentag von 1922, gefährdet sah durch den modernen Parteienstaat und seine entschiedene Festlegung auf das Prinzip der Volkssouveränität, das Kernstück der Ideen- und Staatslehre der Aufklärung und deren Kriegserklärung an die zuvor metaphysisch gedeutete Legitimation von Herrschaft. Hundhammers Gedankengänge wurzeln im Grunde im Konstitutionalismus des 19. Jahrhunderts; allerdings nicht in der klassischen Vorstellung, dass nur der Staat für die aktive Politik zuständig ist und die Gesellschaft sich defensiv zu verhalten hat, sondern umgekehrt und im Sinne seiner subsidiär ausgelegten Überzeugungen: Für die Politik ist zunächst die Gesellschaft verantwortlich, und zwar in einer vertikalen Rangfolge von unten nach oben. Der Staat hatte sich nach Hundhammer nur auf jene zentralen Aufgaben zu konzentrieren, die für ein Zusammenleben in der Großfläche unabweisbar sind. Dazu gehörten für ihn vor allem der Schutz der Selbstbestimmung und Freiheiten der ihm anvertrauten Lebenskreise. Wenn Hundhammer, wie am 12. Mai 1949, von Zentralisten sprach, dann meinte er damit nicht nur die Politiker aus dem gegnerischen Lager, sondern alle, die die parlamentarische Demokratie nur über die Ideen der Aufklärung und die Parteien definierten. Für Hundhammer war das der größte Sündenfall in der Politik. Denn der Staat, so seine Meinung, könne unter diesen Voraussetzungen nicht mehr gottgegeben sein und wäre in diesem Fall nur noch eine moralisch kraftlose und zum Spielball der Massen degradierte Herrschaftsorganisation. Spürbar wird hier ein ungewöhnlich hohes Maß an Aversionen der Moderne gegenüber. In ihnen ankert die eigentliche Triebfeder für den unbeugsamen und entschlossenen Widerstand Hundhammers gegen den in seinen Augen zentristisch gesonnenen Müller und dessen Rolle in der CSU-Gründungsgeschichte. Hier liegt auch der Grund für seinen fast schon an Obsession grenzenden Einsatz für ein bayerisches Staatspräsidentenamt. Mit Hilfe eines solchen Verfassungsorgans hoffte Hundhammer nicht nur die von ihm befürchtete Vormachtstellung einer parteienbeherrschten Legislative und Exekutive zu verhindern,⁹¹ sondern zumindest für Bayern den christlichen Staatsgedanken retten zu können.

Das Staatspräsidentenamt war in der Verfassungsgebenden Landesversammlung nur mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt worden, was den Ärger von Hundhammer noch gesteigert haben dürfte. Gescheitert war das ganze Vorhaben vor allem an dem Widerstand einer Minderheit innerhalb der CSU-

90 So etwa SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 144, allerdings hier in Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um den Staatspräsidenten, und BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 346–347.

91 EBD. S. 340–341.

Fraktion, einer Gruppierung von Abgeordneten vornehmlich aus dem fränkischen Raum, deren Kopf Josef Müller hieß.⁹² Für Hundhammer waren das jene Zentristen im eigenen Lager, die aufgrund ihrer modernistischen und nationalistischen Gesinnungen das Herzstück seiner Verfassungspolitik zerstört hatten. Es kann darum nicht überraschen, dass er von nun an mit Müller keinen Frieden mehr finden konnte.

Etwa drei Jahre später, im Mai 1949, stand die Zustimmung Bayerns zum Grundgesetz im Zentrum der Münchener Politik. Hundhammer sah auch hierin ein Stück Verfassungswerk, das von Zentristen geschaffen worden war. Deshalb fühlte er sich erneut verpflichtet, zum Kampf für den christlichen Staatsgedanken anzutreten. Sein Gegenspieler hieß diesmal allerdings nicht Josef Müller, der noch im gleichen Monat seine Machtposition als Vorsitzender der CSU verlor.⁹³ Dagegen verfügte Hundhammer nach wie vor über einen großen Einfluss. Im Mai 1949 war er nicht nur Vorsitzender der CSU-Fraktion im Landtag, sondern zugleich auch Kultusminister. Der populärste Politiker der CSU hieß damals Hans Ehard, seit 1946 Ministerpräsident des Landes und seit Ende Mai 1949 als Nachfolger von Josef Müller auch Vorsitzender seiner Partei. In München amtierte ein reines CSU-Kabinett, das trotz anhaltender Querelen in den eigenen Reihen bis zum Mai 1949 durchgehalten hat.⁹⁴ In dieser durchaus spannungsgeladenen Situation entschied sich am 7. Mai 1949 zunächst die CSU-Fraktion mit einem Stimmenverhältnis von 39 zu 13 gegen eine Annahme des Grundgesetzes, was dann zur Folge hatte, dass der bayerische Landtag am 20. Mai das soeben vom Parlamentarische Rat verabschiedete Verfassungswerk mit einer Mehrheit von 101 zu 65 Stimmen ablehnte.⁹⁵ Dieses Votum war eindeutig, und doch verbarg sich dahinter ein Kompromiss, weil der Landtag gleichzeitig mit nur sechs Gegenstimmen die Rechtsverbindlichkeit des Grundgesetzes auch für Bayern anerkannte, die dann auch wirksam wurde. Für eine andere Entscheidung bestand auch kaum Spielraum. Mit der inzwischen durchgeführten Währungsreform und der damit sicher gestellten Wirtschaftseinheit für die drei Westzonen waren nicht mehr zu korrigierende Vorentscheidungen gefallen. Außerdem hatten die Alliierten für die Annahme der Verfassung eine Zweidrittelmehrheit der Länder als Qualifikationshürde festgelegt, womit sie praktisch einem Vetorecht den Boden entzogen hatten.

Worin bestand nun ein Kompromiss in der Konstellation von Ablehnung und anerkannter Rechtsverbindlichkeit des Grundgesetzes? Er lag von der Dramaturgie her in einer Auseinandersetzung zwischen Ehard und Hundham-

92 Hierzu ausführlich SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 132–148.

93 Siehe oben, S. 131f. und S. 138f. und die ausführliche Darstellung über den Sturz Müllers als Parteivorsitzender EBD, S. 292–329.

94 Näheres zum zweiten Kabinett Ehard EBD, S. 214 – 218.

95 BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 338 und S. 346 mit Hinweisen auf den aktuellen Forschungsstand.

mer um das Bonner Verfassungswerk, die im Vorfeld der Einigung stattgefunden hatte. Sechs Monate vorher, im November 1948, hatte Hundhammer noch seine „Zufriedenheit“ über den Stand der Beratungen in Sachen Grundgesetz geäußert.⁹⁶ Jetzt aber, im Mai 1949, als der Parlamentarische Rat seine Arbeit fast getan hatte, forderte er mit dem Rückenwind kirchlicher Kreise und auf Drängen von Georg Meixner, dem letzten politischen Prälaten,⁹⁷ für Bayern eine Volksabstimmung über das Verfassungswerk. Sein Verlangen untermauerte er mit einer herben Kritik an der Endfassung des Grundgesetzes. Vor allem missfiel ihm, dass das Kirchenrecht im Sinne der Weimarer Verfassung lediglich fortgeschrieben und die höchsten Ränge den persönlichen Rechten, der Gedankenfreiheit, der Pluralität der Wertwelten und der Volkssouveränität zuerkannt worden seien; für Hundhammer entscheidende Gesichtspunkte, um eine unerwünschte Verweltlichung der Staatskultur in Deutschland zu beklagen.⁹⁸ Mit Hilfe eines Plebiszits hoffte er nun, die Verbindlichkeit des Grundgesetzes für Bayern verhindern zu können. Zum Kern seiner Strategie gehörte eine angedachte Kampagne gegen die neue Verfassung in der Erwartung, dass sich eine Mehrheit gegen sie aussprechen würde. Zuspruch für seine Position erhoffte sich Hundhammer vor allem aus dem katholischen Bayern, wobei er offensichtlich auch auf den Flankenschutz der Kanzel und auf ein Aktionsbündnis mit der Bayernpartei setzte. Hundhammers Vorsätze waren weitreichend, vor allem aber hat er sie militant vorgetragen. Gesichert ist, dass er in den Anfängen seiner Offensive sogar mit dem Gedanken gespielt hat, die neue Bundesrepublik ohne die Beteiligung Bayerns gründen zu lassen. Ob er darüber hinaus auch noch mit einer Wiedereinführung der Monarchie geliebäugelt hat, ist dagegen bis heute eine Vermutung geblieben.⁹⁹

Die Kampfansage Hundhammers an die im Jahre 1949 aktuelle Verfassungspolitik führte innerhalb der CSU zu einer Gegenreaktion, die er in dieser Heftigkeit wahrscheinlich nicht so erwartet haben dürfte. Der Widerspruch kam dabei nicht nur aus dem Lager seiner innerparteilichen Gegner, sondern auch von Parteifreunden, die im Jahre 1946 noch an seiner Seite gestanden hatten, als es um die Aufnahme eines Staatspräsidentenamtes in die bayerische Verfassung ging.¹⁰⁰ Spätestens hier zeigt sich, dass der bayerische Staatsgedanke beziehungsweise der bayerische Föderalismus aus der Tradition heraus

96 EBD. S. 342f.

97 Georg Meixner (geb. 26.7.1887 in Ebensfeld, Oberfranken, gest. am 28.10.1960 in Bamberg), seit 1941 in Bamberg Domkapitular, 1947 Päpstlicher Hausprälat, 1946–1958 Mitglied des bayerischen Landtags und dort von 1951–1958 in der Nachfolge von Hundhammer Vorsitzender der CSU-Fraktion. Vgl. Theresia BAUER, *Georg Meixner*, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland* (wie Anm. 26), S. 325f

98 BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 343f. und Zitat auf S. 348.

99 EBD. S. 343 – 346.

100 Siehe oben, S. 138–140.

zwar enorme Kraft schöpfen konnte, dass aber die damit verknüpften Sinnfragen alles andere als einheitlich gesehen wurden. Das Gegensätzliche lässt sich über die unterschiedlichen Positionen von Ehard und Hundhammer verdeutlichen. Der amtierende Ministerpräsident wollte über ein modernes Staats- und Verfassungsrecht zu einer starken Stellung der Länder in einem künftigen deutschen Bundesstaat kommen.¹⁰¹ Vorbild war ihm dabei die *gouvernemental* ausgerichtete Strategie, wie sie der einstige Ministerpräsidenten Heinrich Held schon in der Zeit der Weimarer Republik angewandt hatte, als er eine Revision der Reichsverfassung in einem ähnlichen Sinne zu erreichen suchte.¹⁰² Hundhammer dagegen benutzte den föderalen Gedanken in erster Linie als Kampfinstrument für ein möglichst dezentralisiertes Deutschland. Entscheidend war für ihn nicht der bayerische Staatsgedanke, sondern die Sicherung christlicher Lebensformen und ihre strikte Abgrenzung nach Konfessionen.¹⁰³ Hundhammer wollte sicherlich nicht das Rad der Geschichte aufhalten, aber seine Sympathien für die bayerische und deutsche Welt vor den Umbrüchen der napoleonischen Zeit werden gerade hier deutlich spürbar. Kein Wunder, dass ihn seine Gegner deswegen für einen Reaktionär, Separatisten und Monarchisten hielten.¹⁰⁴ Für Ehard war die Bundestreue Bayerns überdies ein unverrückbarer Wert, bei Hundhammer war sie ein relativer.¹⁰⁵

Unmittelbar vor den Abstimmungen im bayerischen Landtag über das Grundgesetz musste Hundhammer gespürt haben, dass er mit seiner Verweigerungshaltung der neuen Bundesverfassung gegenüber, selbst in seiner Fraktion ins Abseits geraten war. Er war klug genug, von nun an nach einem Ausweg aus seiner Isolierung zu suchen. Die willkommene Brücke baute ihm der kluge Ehard, indem dieser ihm mit der Formel „Nein zum Grundgesetz, aber Ja zur Annahme seiner Rechtsverbindlichkeit auch für Bayern“ die erhoffte Möglichkeit bot, ohne Gesichtsverlust aus der selbstverschuldeten Sackgasse heraus zu finden.¹⁰⁶ Aus der Sicht der Bundespolitik ist das Abstimmungsverhalten des bayerischen Landtags verständlicherweise negativ im Sinne einer Ablehnung gedeutet worden. Oft wurde sogar die Bemerkung nachgeschoben, dieser Vorgang habe dem Ansehen Bayerns geschadet. Übersehen wurde dabei aber eine höchst verzwickte Situation. Bayern hatte im Jahre 1949 eine äußerst schwie-

101 Die ausführlichste Darstellung zu dieser Thematik findet sich bei GELBERG, *Ehard* (wie Anm. 74), S. 82–273.

102 Einzelheiten bei Klaus SCHÖNHOFEN, *Die Bayerische Volkspartei 1924–1932*, Düsseldorf 1972, S. 42–50 und S. 279.

103 Denksätze in diese Richtung verraten seine Ausführungen in den Beratungen in der Verfassungsgebenden Landesversammlung vom 20.9.1946 über das Amt eines bayerischen Staatspräsidenten. Die entsprechende Textstelle findet sich bei SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 144.

104 BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 346

105 GELBERG, *Ehard* (wie Anm. 74), S. 262–265.

106 BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 348.

rige innenpolitische Konstellation zu meistern, möglicherweise sogar eine Nachwehe aus dem konfessionellen Zeitalter. Erst als die Erblasten der Geschichte gemeistert waren, konnten auch in Bayern der moderne Staatsgedanke und mit ihm ein ebenbürtiger Föderalismus endgültig Fuß fassen.

Es kann jetzt in Bezug auf die Ausgangsfrage, ob die erbitterten Flügelkämpfe in der Frühgeschichte der CSU mehr als persönlich motivierte Rivalitäten um die Macht waren, ein Resümee gezogen werden. Die CSU und mit ihr die bayerische Innenpolitik durchlitten einen „Modernismusstreit“ auf verschiedenen Ebenen. In den Auseinandersetzungen standen auf der einen Seite die Traditionalisten und auf der anderen die Reform- und Erneuerungswilligen. Entlang dieser Formation wurde permanent gestritten über den Sinn einer christlich-demokratischen Partei (Stichworte Interkonfessionalität, Volkspartei, Honoratiorenpartei) über die Legitimation der Staatsgewalt (Stichworte gottgegebener Staat und Staatsgewalt oder eine durch das Volk verliehene und damit profane Staatsgewalt, öffentliche Geltung von Religion oder Religion als Privatsache) und über den Grad und Zielrichtung einer föderalistischen Staatsordnung (Stichworte subsidiär und gesellschaftlich dominierender Föderalismus oder ein bundesstaatlicher). Zum Abschluss dieses Beitrages bleibt noch die Frage zu klären, welche Umstände und Vorgänge dazu geführt haben, dass sich die Prinzipienstreitereien abschwächen und irgendwann einschlafen konnten.

Für die Überwindung der Flügelkämpfe in der jungen CSU waren sowohl innenpolitische Entwicklungen wie auch Wirkungen von außen, d. h., bundespolitische Einflüsse verantwortlich. Innenpolitisch ist es vor allem der Siegeszug der politischen Moderne in der Lebensform eines demokratischen Rechtsstaates, der sich auch in Bayern dank der Entschlossenheit einer großen Mehrheit in der Landespolitik nach der Hitlerdiktatur durchsetzen konnte. Dieser Prozess konnte auch nicht von einflussreichen Politikern wie Hundhammer und Schäffer aufgehalten werden, deren Freiheitsliebe sicherlich intakt war¹⁰⁷, die aber zu sehr der Tradition anhängen, um den bayerischen Staatsgedanken in Einklang mit dem Zeitgeist des 20. Jahrhunderts zu bringen. Als im Jahre 1949 das Grundgesetz zur Annahme anstand, musste die Fronde des gestrigen Bayern einlenken. Der Kompromiss in der Abstimmungsfrage war nur scheinbar ein Ausgleich zwischen Vormoderne und Moderne. In Wirklichkeit bedeutete er einen Triumph für die Anhänger eines föderativ und staatlich selbstbe-

107 Alois Hundhammer hatte nicht nur die Zeit des Dritten Reiches durchgestanden, er ist auch Ende der fünfziger und in den sechziger Jahre gegen den Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß aufgetreten, als dieser den Versuch startete, ehemals hochrangigen Funktionsträgern aus der Zeit der Hitlerdiktatur eine Chance auf ein politisches Mandat einzuräumen. Näheres bei Thomas SCHLEMMER, *Grenzen der Integration. Die CSU und der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit – der Fall Dr. Max Frauendorfer*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), S. 675–742, Nachweis der Haltung Hundhammers S. 713–715.

wussten Bayern, das an seiner Treue zum nationalen Deutschland keinen Zweifel mehr aufkommen ließ. Der Einsicht in dieses unausweichliche Bekenntnis hat sich auch der CSU-Flügel um Hundhammer nicht entziehen können.

Ein weiterer Grund hat mit der Schulpolitik in Bayern nach 1945 zu tun, für die in Jahren von 1946 bis 1950 Alois Hundhammer in seiner Eigenschaft als Kultusminister zuständig war. Dass er in dieser Zeit die öffentlich organisierte Erziehung seines Landes nach den Doktrinen katholischer Schulpolitik ausgerichtet hat, ist sicherlich nicht zu bestreiten. Mit Blick auf das allmähliche Abflauen der Gesinnungsstreitereien sind allerdings die Säkularisierungstendenzen nicht zu übersehen, die es trotz Hundhammer und einer von ihm als Kultusminister strikt konfessionell und kirchenfreundlich gestalteten Schulpolitik dennoch gegeben hat.¹⁰⁸ Sie können auch einem erfahrenen Politiker wie ihn trotz aller Befangenheit im Weltanschaulichen nicht entgangen sein. Dieser scheinbar unaufhaltsame und überall greifbare Wandel in einem Bereich, in dem sich Staat und Kirchen besonders nahe waren, hat ihn und seinen Anhang letztlich zu einem pragmatischen Kurs in der Parteipolitik gezwungen, wobei die Einsicht bestimmend wurde, dass eine christliche Politik über eine Volkspartei eher Aussicht auf dauerhaften Erfolg hat als durch eine sektiererische Regionalpartei wie die Bayernpartei.

Solche Einsichten vertieften sich im Verlauf der bayerischen und bundesdeutschen Wahlgeschichte. Bei der Bundestagswahl am 14. August 1949 und bei der bayerischen Landtagswahl von 1950 erreichte die CSU wegen der Dauerstreitigkeiten auf ihrer Führungsebene¹⁰⁹ noch nicht einmal die 30-Prozent-Marke, nachdem sie 1946 bei den ersten Landtagswahlen mit 52,3 Prozent noch eine absolute Mehrheit errungen hatte. Herb waren die Verluste vor allem in den protestantischen Gegenden Frankens und in den altbayerischen Räumen gewesen, hier in erster Linie zugunsten der Bayernpartei und in Franken zugunsten der Sozialdemokraten und Liberalen. Kein Wunder, dass es angesichts dieses Umschwungs in der Wählergunst zu einer erheblichen Verschärfung der Spannungen in der CSU kam, deren Höhepunkt ein erbitterter Streit über die Koalitionsfrage war. Sie wurde auf Betreiben von Hans Ehard und Franz Josef Strauß gegen ein Bündnis mit der Bayernpartei und für eine Zusammenarbeit

108 Ausführlich zur Rolle Hundhammers als bayerischer Kultusminister BRAUN, *Hundhammer* (wie Anm. 15), S. 349–380.

109 Höhepunkt der Auseinandersetzungen des Streits war hier die Straubinger Landesversammlung im Mai 1949, die mit dem Sturz Josef Müllers als Vorsitzender der CSU endete und zur Wahl Hans Ehards in dieses Amt führte. Einzelheiten bei SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 321–329.

mit den Sozialdemokraten entschieden.¹¹⁰ In dieser äußerst kritischen Situation zeigte sich vor allem Alois Hundhammer verärgert, einmal weil er gegen ein Regierungsbündnis mit den Sozialdemokraten war, und zum anderen, weil für ihn als Kultusminister kein Platz mehr in der neuen Exekutive war. Das ihm von Ehard angebotene Landwirtschaftsministerium verschmähte er. In der Folge machte Hundhammer keinen Hehl aus seinem Bruch mit Ehard¹¹¹ – und übernahm danach die Rolle eines scharfen Kritikers der CSU/SPD-Koalition. Bis zum Jahre 1957 blieb Hundhammer die zentrale Gestalt der altbayerisch-katholischen Linie in der CSU und in diesem Sinne ein unbeugsamer Anwalt christlicher Werte und Traditionen. Als ihm aber zu diesem Zeitpunkt das Ministeramt für die Landwirtschaft angeboten wurde, nahm er das Ressort an, das er im Jahre 1950 noch zurückgewiesen hatte. Einfluss auf diese Entscheidung dürfte sicherlich die Oppositionsrolle gehabt haben, mit der sich die CSU seit 1954 abfinden musste, obwohl sie bei der vorangegangenen Landtagswahl mit Abstand stärkste Partei geworden war. Dass sich in dieser Situation sogar die katholisch ausgerichtete Bayernpartei an einer gegen die CSU gerichteten Viererkoalition unter der Führung der Sozialdemokraten beteiligen würde, dürfte auch Hundhammer überrascht und zu seiner Einsicht beigetragen haben, dass sein Diktum, dass nur ein gottgebener Staat eine „wahre“ christliche Politik gewährleisten könne, nicht mehr war als eine überlebte Idee. Es zeichnet ihn aus, dass er die neuen Realitäten erkannte und akzeptierte, christliche Politik nur noch im und nicht gegen den modernen Verfassungs- und Rechtsstaat zu betreiben.

Die stärksten Impulse zur allmählichen Beruhigung in der CSU kamen jedoch von außen, aus der jungen Bundeshauptstadt Bonn und der dort in einer Fraktionsgemeinschaft mit der CDU agierenden CSU. In Bonn verkörperte die CSU durch ihre Landesgruppe tatsächlich die Einheit, die sie in München suchte und dennoch nicht finden konnte. In Bonn kam die CSU in einem bürgerlichen Kabinett zu Einfluss, weil sie hierbei als ein tragendes Element wirksam werden konnte. In München musste die CSU dagegen wegen ihrer schlechten Wahlergebnisse eine Koalition mit der SPD eingehen und damit Macht abgeben. In Bonn hatte sie Anteil an der Regierung und auch bald an den Erfolgen, die diese erzielen konnte. Dort erreichte Schäffer als einer der Hauptfiguren der katholisch-altbayerischen „Liga“ eine glänzende Ministerkarriere. In München zog sich Hundhammer, die andere Führungsgestalt aus dieser Ecke, schmollend für eine Weile zurück. Die positiven Wirkungen, die

110 Die beste Darstellung zu diesen Abläufen findet sich EBD. S. 339–381. Siehe auch Franz Josef Strauß, der in seinen Erinnerungen ausdrücklich bestätigt, dass er im Jahre 1950 die Koalition seiner Partei mit der SPD gewollt hat. Franz Josef STRAUB, *Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 529.

111 SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 381.

von Bonn auf die Entwicklung der CSU zu einer modernen und interkonfessionell organisierten christlich-demokratischen Partei ausgingen, erreichten eine erste und konkret fassbare Zwischenstation bei der Bundestagswahl von 1953, als die bis dahin enorm starke und in Altbayern eifersüchtig mit der CSU konkurrierende Bayernpartei nicht ein einziges Mandat errang, die CSU aber dank der Erfolge des ersten Adenauerkabinetts selbst in ihren protestantisch geprägten Diasporagebieten Frankens einen bemerkenswerten Zuspruch gewinnen konnte.¹¹² Zur eindeutig führenden Partei in Bayern stieg die CSU dann nach der Bundestagswahl 1957 auf, als die Unionsparteien eine absolute Mehrheit erreichten. Eine Nebenwirkung dieses Triumphes war das Ende der Viererkoalition gegen die CSU in München.¹¹³ Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde klar, dass die Geschichte des Föderalismus in Deutschland in der Zeit nach 1945 nicht nur in der traditionellen Vielfalt seiner regionalen Lebenswelten ihre Basis hatte, sondern, im Gegensatz zu Weimar, entscheidend mitgeprägt wurde durch eine Zentrale, der es wichtig war, mit den einzelnen Gliedstaaten des Bundes in Partnerschaft Politik zu organisieren. Dass gerade Bayern und insbesondere der bayerische Staatsgedanke durch dieses Zusammenspiel gewinnen sollte und in beeindruckender Weise den Anschluss an die Moderne finden würde, ist schon fast eine Ironie der Geschichte. Dazu zählt auch, dass daran selbst ein Alois Hundhammer beteiligt war, die vielleicht stärkste Figur bei der Verteidigung vorindustrieller und vormoderner Gesellschaftsmodelle. Im Jahre 1957 übernahm er in München das Ministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, wie bereits oben mitgeteilt, und führte es mit Erfolg bis zum Jahre 1969. Das er dabei großen Anteil an dem Weg der ländlichen Lebensbereiche in die Moderne hatte, zeigt den hohen Grad der Veränderungen an, den in diesen Jahrzehnten Bayern und die damalige Bundesrepublik erlebte.¹¹⁴

112 Ausführlich zur Rolle der CSU-Landesgruppe in Bonn und ihren Einfluss auf die bayerische Innenpolitik Petra WEBER, *Föderalismus und Lobbyismus. Die CSU-Landesgruppe zwischen Bundes- und Landespolitik 1949–1969*. In: Thomas SCHLEMMER/Hans WOLLER (Hg.), *Politik und Kultur im föderativen Staat 1949–1973*, München 2004, S. 23–116. Angemerkt sei auch SCHLEMMER, *Aufbruch* (wie Anm. 2), S. 381–424.

113 GROß, *Seidel* (wie Anm. 75), S. 166–177.

114 Anregende Gedanken hierzu finden sich bei Friedrich PRINZ, *Die Geschichte Bayerns*, 3. Aufl., München 2003, S. 514–527.